

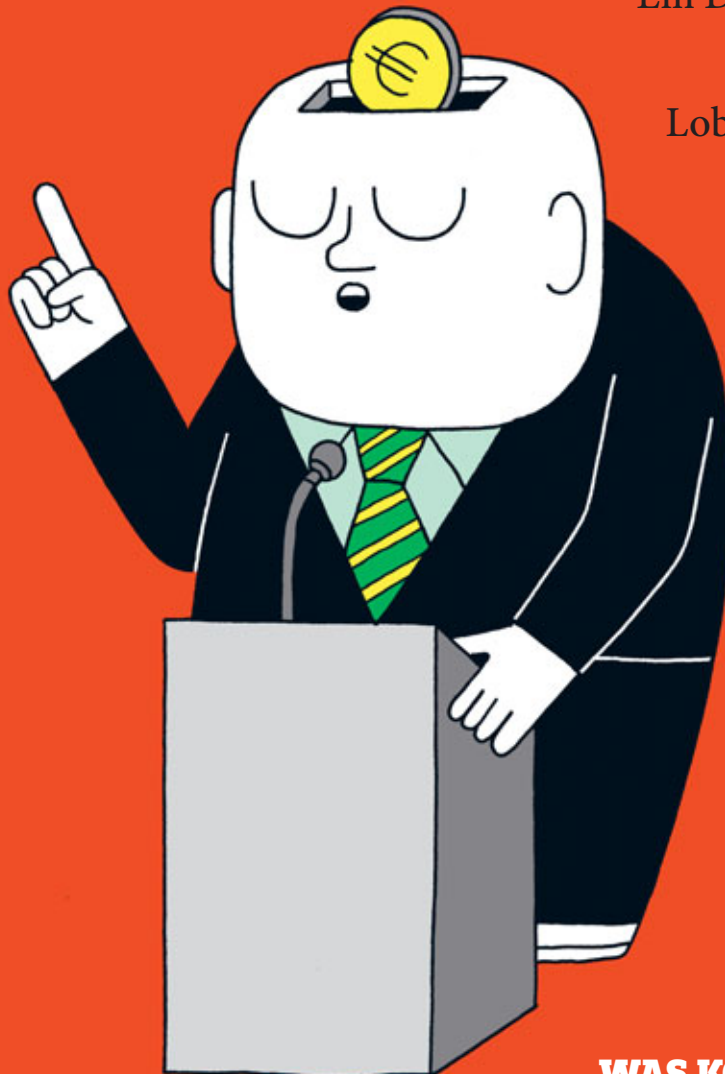
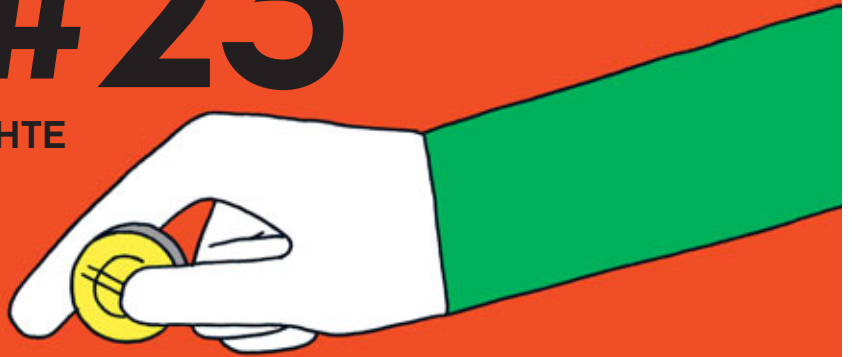
# mo #23

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



## GAST-KOMMENTAR:

Hubert Sickinger  
über das System  
Sozialpartnerschaft



## LOBBYISMUS

Ein Demokratie-Problem?

## GESETZE BASTELN

Lobbyist Andreas Kovar  
im Gespräch

## SCHUBHAFT

Wer betreut  
die Flüchtlinge?

Magazin für Menschenrechte 2/2011, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.momagazin.at



WAS KOSTET EIN GESETZ?

# LOBBYISMUS

**A gscheits  
Deitsch  
redt,  
wer von  
Gleichberechtigung  
spricht!**

Wir messen Menschen nicht an der Sprache, die sie sprechen,  
sondern an den Inhalten, die sie vertreten!





Lobbyismus kostet viel Geld. Die Frage, die sich in Österreich in jüngster Zeit stellte, ist: wofür? Illu: Jochen Schievink

## Liebe Leserin Lieber Leser

Seniorenbund-Chef Andreas Khol meinte unlängst in einem „Kurier“-Interview: „Wenn du als 40-jähriger Politiker ohne Mandat dastehst, musst du sehr aufpassen, dass du kein Sozialfall wirst. Oder du gehst ins Lobbying.“ Während Khol also um die Versorgung von PolitikerInnen fürchtet, so, als hätten Österreichs Parteien keinerlei Einfluss, wird Lobbyismus noch immer nicht als demokratiepolitisches Problem verstanden. Alles, was ans Tageslicht kommt, wird als Einzelfall ausgewiesen. System o. k. Der Ökonom Martin Schürz dachte systemischer, als er einmal in einem Text von „Kumpelkapitalismus“ sprach. Dort zählen weniger Argumente als vielmehr die private Nähe zu EntscheidungsträgerInnen. Der PR-Berater und Lobbyist Andreas Kovar schraubt eine Einschätzung wie diese gekonnt auf eine Frage schlechten, alten Stils herunter. Im Interview mit MO bemüht er sich um ein klares Bild: Lobbyismus sei Überzeugungsarbeit, bei der Geld nur für inhaltliche Aufwendungen fließe. Die pikante Vorstellung von Lobbyismus als versachlichtem Prozess wirft Fragen für eine Zeitschrift wie MO auf: Was hätten in einem transparenten Lobbyismus à la USA NGOs wie SOS Mensch oder selbst die Caritas einem großen, ressourcenstarken Unternehmen entgegenzusetzen? Wen gibt es überhaupt, der z. B. für MigrantInnen – nicht kampagnisiert, sondern lobbyiert? Und welche Lobby wüssten die TierschützerInnen des Wiener Neustädter Prozesses hinter sich? Gibt es demokratischen Lobbyismus, bei dem alles, was auf solidarischen Prinzipien basiert, keinen schweren Stand mehr hat? Die Vorstellung einer Lobby der Schwachen ist so gesehen amüsant. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. So wie bei der Forderung nach transparentem Lobbyismus.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgeßell

PS: Vielen Dank an die KolporteurInnen von MO. Sie haben von der letzten Ausgabe wieder 10.000 Stück auf der Straße verkauft. Mindestens ebenso oft wurde es hoffentlich auch gelesen.

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION: c/o SOS

Mitmensch, Zollergasse 15, 1070  
Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00 - 9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Andreas Bachmann, Andreas Görg, Niko Katsivelaris, Corinna Milborn, Robert Misik, Martin Schenk, Maria Sterkl, Hubert Sickinger, Melanie Troger

### PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

### COVERBILD: Jochen Schievink

### LEKTORAT: Thomas Just, Ewald Schreiber

### PRODUKTION:

Mitko Javritchev, Andreas Ungerböck,  
factory 29 ltd., Mariahilfer Str. 76/3/31, 1070 Wien,  
T +43 1 920 20 08-0, mail@faq-magazine.com

### GRAFIK: Mitko Javritchev

### LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,  
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

**ABOS:** Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00-66

### VERTRIEB:

Der Standard,  
Straßenkolportage

### AUFLAGE: 30.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeber: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz  
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie  
und Migration

ZVR: 22747570

### SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der  
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und  
Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich  
erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen  
ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den  
UrheberInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewiesen  
ist: SOS Mitmensch.



Illustration: Eva Vasari

## 10 ALLES KEIN PROBLEM

Wie Lobbys und mächtige Wirtschaftsverbände unsere Demokratie im Griff haben.



Bild: Karin Wasner

## 14 WAS KOSTET EIN GESETZ?

Für den PR-Agentur-Chef Andreas Kovar ist Lobbyismus eine Frage des Stils. Sauschädelessen beim Konrad zählt er nicht zu seinem Arbeitsfeld.

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 6 REAKTIONEN

### 8 HANDLUNGSBEDARF

Sebastian Kurz übt sich als Integrationsstaatssekretär. Reicht MigrantInnen ein Händeschütteln?

## Dossier

### 10 KAUF DIR EINEN POLITIKER!

In Hinkunft soll transparent weiter lobbyiiert werden. Sind demokratiepolitische Bedenken damit ausgeräumt?

Text: Robert Misik

### 14 SICH ETWAS LEISTEN

Lobbyist Andreas Kovar erzählt, was ein Lobby-Auftrag für einen Gesetzesentwurf so kostet.

Interview: Maria Sterkl

### 18 DIE FÜNFTE GEWALT

Lobbyieren kostet viel Geld. Wie lobbyieren NGOs?

Text: Andreas Görg

### 22 FEINKOSTLADEN ÖSTERREICH

Alle stehen auf „Bio“. Dennoch hat die Bio-Lobby einen schweren Stand.

Text: Gunnar Landsgeßell, Melanie Troger

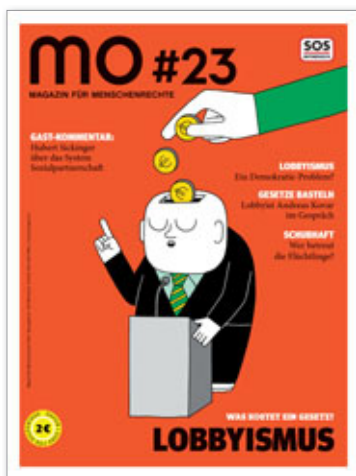




Bild: Corinna Milborn

### 32 VON DEN GRENZEN DER WELT

Das World Social Forum brachte Anfang des Jahres AktivistInnen in Mali zusammen. Auf einer Bus-Karawane bis Dakar wurden Privilegien europäischer und die Grenzen afrikanischer AktivistInnen deutlich.



Bild: Helmut Fohringer / OTS

### 26 SCHUBHAFT IN ÖSTERREICH

Wie steht es um Flüchtlinge, die in Schubhaft kommen? Nicht optimal, kritisieren NGOs und MenschenrechtsexpertInnen.

## NGOs / Welt

### 25 WELT NEWS

Hat Europa wirklich ein Flüchtlingsproblem?

### 26 DER PLATZHIRSCH

Der „Verein Menschenrechte“ wird von NGOs dafür kritisiert, wie er die Schubhaftbetreuung in Österreich abwickelt.

*Text: Eva Bachinger*

### 30 SIND NUR EIN KLEINES RÄDCHEN

Günter Ecker, Geschäftsführer des Vereins Menschenrechte, im Interview mit *Niko Katsivelaris*

### 32 VON BAMAKO NACH DAKAR

Erstmals vernetzen sich AktivistInnen gegen die Grenzen Europas über diese hinaus. Zum World Social Forum brachen sie in einer Karawane auf.

*Reportage: Corinna Milborn*

## Rubriken

### 38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über kleine Bosheiten und große Sportler.

*Korrespondenz: Andreas Bachmann*

### 39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

2 x 5 Dinge von Alexander Pollack

### 41 POPULÄR GESEHEN

Stahlgewitter der Erlösung.

*Kolumne von Martin Schenk*

### 43 SPOTLIGHT

„Uni brennt“-AktivistInnen stehen nach dem fragwürdigen Paragrafen 278 unter Terrorismus-Verdacht.

*Text: Clara Akinyosoye*

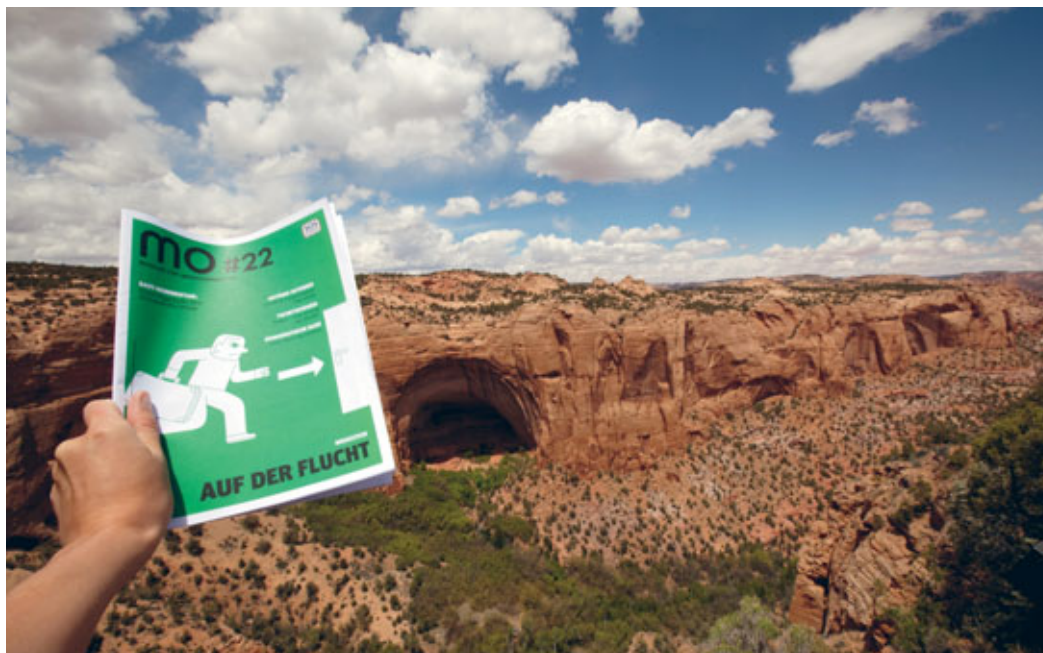
### 44 BERICHTIGUNG

### 45 SOS MITMENSCH

Vom Widerstand gegen Abschiebungen.

### 46 ANDERE ÜBER ...

Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger über die Sozialpartnerschaft als institutionalisierte Lobbying-Partner.



**Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?**

Schreiben Sie an [redaktion@momagazin.at](mailto:redaktion@momagazin.at). Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Foto: Karin Wasner

Cover

**Mal was anderes**

Liebe MO-Redaktion,  
Gratulation zum Bild auf dem Cover der Ausgabe 22. Ich habe das Magazin erstmals gekauft, weil ich neugierig auf den Inhalt wurde. Die grafische Lösung zu einem Thema wie Flüchtlingen erschien mir doch recht ungewöhnlich und insofern erfrischend, als der signalisierte unverstellte Blick im Heft auch eingelöst wurde.

Gerald Schwarzmüller, Wien

Tschetschenien

**Blauäugige Innenministerin**

Kann es sein, dass die nunmehr Ex-Innenministerin Fekter tatsächlich so blauäugig war, wie Sie es in Ihrem Artikel „Kein Grund zur Flucht“ beschreiben? Tatsächlich pumppte Russland Millionenbeträge in den Wiederaufbau

Tschetscheniens, um die äußerlichen Spuren dieses Krieges zu beseitigen. Aber jeder, der die Berichte internationaler Beobachter verfolgt, Sie selbst zitieren den Europarat, weiß, dass diese Bemühungen im Wesentlichen auch dem eigenen Image gelten. Und damit nahezu in eine Reihe mit den erfolgreichen Bewerbungen um die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi (erstmal in einer subtropischen Stadt!) nahe den umkämpften nordkaukasischen Gebieten zu stellen sind. Imagepolitik soll auch die Fußball-WM 2018 bieten, was sind da schon Demokratiedefizite gegen die angekündigten Investitionen von 3 Milliarden Euro, über die sich westliche Unternehmen hoffnungsfroh die Hände reiben? Dass sich Fekter bevorzugt vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB über Tschetschenien informieren lässt, anstatt von

NGOs und dem Europarat, kann ich aber nicht glauben. Das wäre sehr zynisch.

Hermann Paltauf, Wien

**Demokratische Bank Äpfel mit Birnen**

Sehr geehrte Redaktion!  
Gut, dass Sie versuchen, mit einem kritischen Blick das Projekt der Demokratischen Bank zu hinterfragen. Und ja, es gibt wohl noch viele Hürden zu meistern auf dem Weg zur Realisierung, die mit erheblichem Aufwand verbunden sind, wie Sie in der abschließenden Frage feststellen. Mit der Art der Formulierung der Frage verwenden Sie jedoch die Sprache des profitmaximierenden Wirtschaftenden. Das kann für eine Institution wie die Demokratische Bank gar nicht funktionieren, da werden Sie immer eine negative

Antwort erhalten. Vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen, fragen Sie nicht nach den Kosten, sondern nach dem Wert (der mehr ist als nur Geld).

Und, karitative Hilfe kann immer nur unmittelbare Nothilfe sein, denn sie führt nicht zu einer Verringerung der Abhängigkeit der Betroffenen. Langfristige Verbesserungen der Lebenssituation von Menschen können nur durch Hilfe zur Selbsthilfe erreicht werden. Dazu zählen natürlich die Sicherstellung der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Essen und Wohnen und ausreichender Zugang zu Bildung. Dazu zählt aber auch Geld als Faktor der Ermöglichung von aktiver Teilhabe. M. Yunus hat es bewiesen und zahlreiche andere haben es ihm nachgetan. Also, meiner Meinung nach: Ja, es ist den Aufwand (mehr als) wert.

Michael Bauer-Leeb

**Interview Guterres Zwiespältiges Lob**

Der UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres bescheinigt Österreich im Interview ein gut funktionierendes Asylsystem. Das ist ein zwiespältiges Lob, heißt es doch, dass die von ihm selbst angeführten Verschärfungen der Fremden-gesetze umso penibler angewendet werden. Guterres fordert im gleichen Absatz einen Schubhaftstopp für Minderjährige. Ich frage mich, warum ein gut funktionierendes Asylsystem nicht im Namen der Humanität, sondern nur im Hinblick auf Sicherheit angewandt wird? Ich wünsche auch Österreichern in Not, Hilfe im Ausland zu erhalten, und nicht eine Lektion, wie sie die Politik hier im Namen der „Sicherheit“ erteilt.

Elfriede Seibold, Wien



**bmask.gv.at**

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ

## MENSCHEN HELFEN. SINN FINDEN.

EUROPÄISCHES JAHR DER FREIWILLIGENTÄTIGKEIT 2011  
MEHR ALS 3 MILLIONEN ÖSTERREICHERINNEN  
SIND EHRENAMTLICH TÄTIG.



**FREIWILLIG. ETWAS BEWEGEN!**

Alle Informationen zu freiwilligem Engagement:  
[www.freiwilligenweb.at](http://www.freiwilligenweb.at)



Katharina Heinz / Maria Platt

Stella träumt vom Schnorcheln auf den Galapagos Inseln, vom Trekking in Westtibet, von Mountainbike-touren am Kap der Guten Hoffnung und vom Kitesurfen auf dem Baikalsee. Toni mag die Bauernblumenrabatte im Augarten, den Geruch der Umkleidekabinen im Gänsehäufel und das Surren der Gelsen in der Lobau. Am Ende einigen sich beide auf Wildzelten im Kamptal und je eine neue Sonnenbrille.

**Brillen.manufaktur®**

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00



Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)  
0800/20 11 30  
mail@oebv.com

[www.oebv.com](http://www.oebv.com)

## Nachhaltige Verantwortung? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung wurde vor über 115 Jahren als Selbsthilfeorganisation von Beamten gegründet. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit sind uns Solidarität und soziale Verantwortung bis heute eine Selbstverständlichkeit. **ÖBV – die Versicherung von Mensch zu Mensch.**



Mit der ÖBV durchs Leben

## INTEGRATIONSDEBATTE

## Die Deutschmeister

Über den Schlüssel zur erfolgreichen Integration und warum die gegenwärtige Integrationsdebatte die Probleme verstärkt, die sie vorgibt, lösen zu wollen.

Mit der Schaffung eines Integrationsressorts hat die ÖVP nicht nur eine neue Runde in der Integrationsdebatte eingeläutet, ihr ist auch ein medialer Coup gelungen. Die Medien blicken gebannt auf den jungen, ehrgeizigen Ressortchef Sebastian Kurz. Sein selbstbewusstes Auftreten kommt gut an. Aber hat Kurz auch die richtigen Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit? Zu diesen Herausforderungen gehören zweifelsohne die sozialen und bildungsbezogenen Schiefen, die in den vergangenen Jahren in Österreich nicht geschrumpft, sondern größer geworden sind. Zu den Aufgaben eines Integrationsressorts gehört aber auch die Stärkung einer offenen Gesellschaft, die sich von althergebrachtem Schubladendenken verabschiedet. Die nach wie vor vorherrschende Vorstellung, es gäbe *den* prototypischen Österreicher, und dieser sei weiß, katholisch, hätte Deutsch als Muttersprache, würde Maier oder Hofer heißen und am liebsten Wiener Schnitzel essen, ist fern jeder Realität.

Der Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Selbstverständnisses steht allerdings ein ganz wesentliches Hindernis im Weg: eine Politik, die selbst im Schubladendenken feststeckt. Nach wie vor gilt nämlich für die Politik der Grundsatz, dass Integration in erster Linie die Eingliederung von MigrantInnen in „unsere“ (weiße, katholische, deutsche) Gesellschaft bedeutet. Und nach wie vor stellt Integrationspolitik einzig auf das Funktionieren

von einzelnen Menschen ab und nicht auch auf das Funktionieren gesellschaftlicher Einrichtungen und der Gesellschaft als Ganzes.

Es ist erstaunlich, dass die Politik nicht schon längst zu einem Befreiungsschlag aus diesem Integrationsdenkgefängnis angesetzt hat. Eine Integrationspolitik, die ausschließlich auf Menschen mit Migrationshintergrund und nicht auf alle Menschen abzielt, ist ein Widerspruch in sich. Sie ist desintegrativ und reduziert zugewanderte Menschen v. a. auf postulierte Defizite. Eine Integrationspolitik, die nur auf das (Nicht-)Funktionieren des Einzelnen abstellt, entledigt sich jeglicher Verantwortung für die Schaffung gut zugänglicher Institutionen. Die Politik beraubt sich damit der Möglichkeit, zu steuern und die Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Doch zurück zum neuen Integrationsstaatssekretär: Hat Sebastian Kurz erkannt, dass in Sachen Integration neue Wege beschritten gehören? Wohl noch nicht. Mit fast allen seinen Aussagen bewegt sich der junge Staatssekretär in alten Denkmustern. So ist sein zen-

traler Leitsatz auch einer, den bereits Ex-Innenministerin Maria Fekter zu äußern pflegte: „Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur erfolgreichen Integration.“ Wenn alle MigrantInnen gut Deutsch sprechen würden, tönt auch Sebastian Kurz, gäbe es kein Integrationsproblem.

Damit schließt Kurz nahtlos an jene Politik an, die mit dem Finger auf zugewanderte Menschen zeigt. Begriffe wie Gleichberechtigung, Chancengleichheit oder Diskriminierungsfreiheit kamen dem Integrationsstaatssekretär hingegen kaum über die Lippen. Ebenso wenig der Anspruch, offene, für alle zugängliche öffentliche Einrichtungen zu schaffen. Ironischerweise trägt Kurz dazu bei, seinen eigenen Leitsatz eindrucksvoll zu widerlegen. Mit seinen bisherigen Aussagen erbringt er den Beleg dafür, dass gute Deutschkenntnisse allein nicht ausreichen, um zu einer fortschrittlichen, Chancen eröffnenden und gesellschaftliche Gräben schließenden Auffassung von Integrationspolitik zu kommen. *apo*

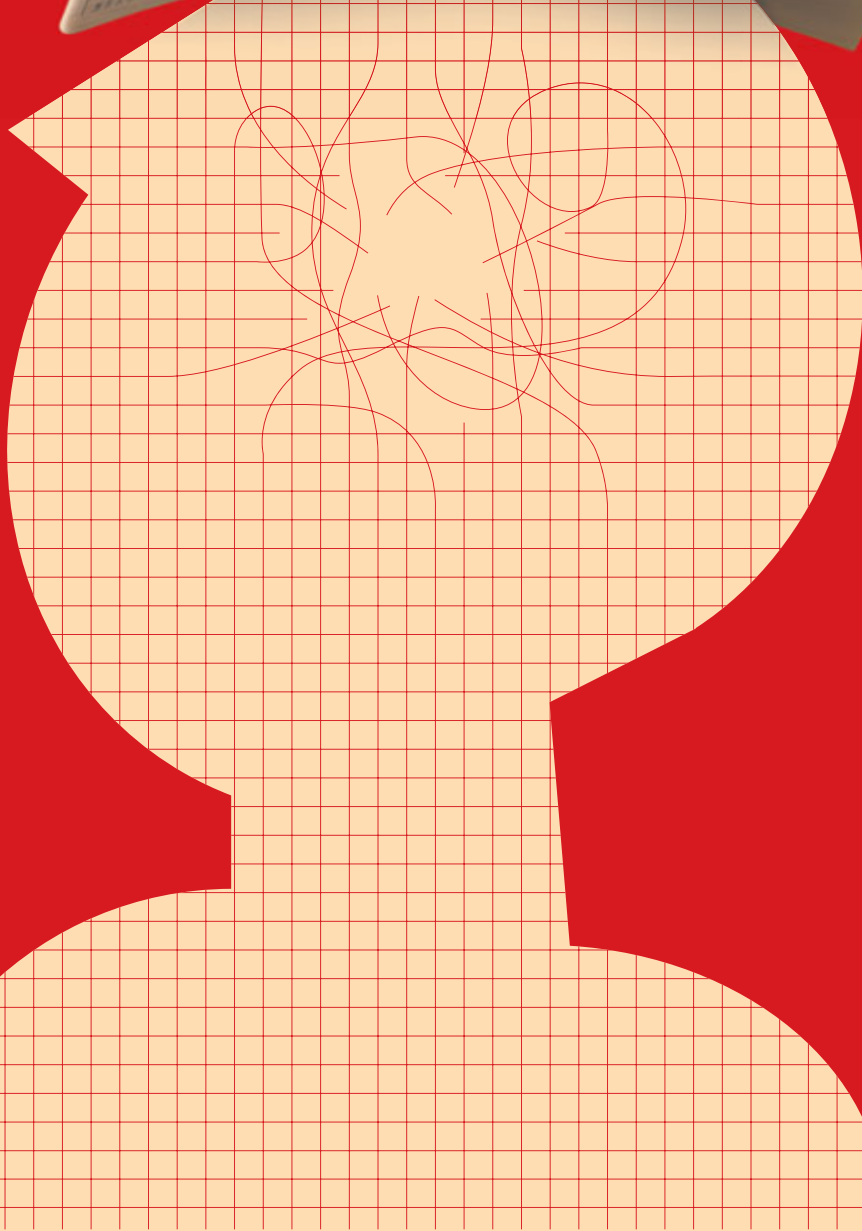
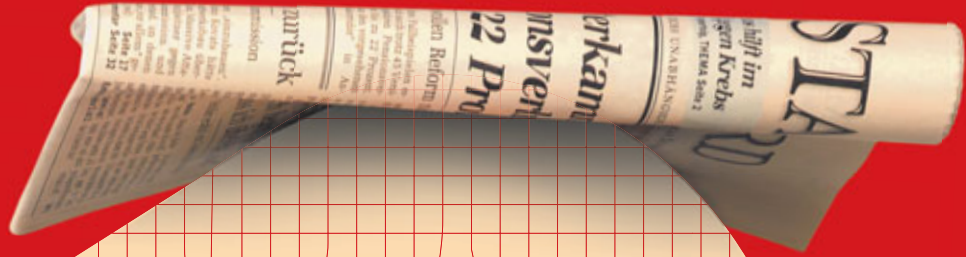
Sebastian Kurz: Lächeln, Hände schütteln und Deutschkenntnisse propagieren. Macht das einen guten Integrationsstaatssekretär aus?



Foto: ÖVP



## Strukturbruch



Kleinkariertheit beiseite lassen und sich von starren Vorgaben lösen. Qualitätsjournalismus muss aus vorgegebenen Mustern ausbrechen. Beispiele finden Sie täglich im STANDARD.



# KAUF DIR



# EINEN POLITIKER!

Lobbyismus ist grundsätzlich keine verdammenswerte Sache, sagen dessen FürsprecherInnen. Sofern nur alles ausreichend transparent geschehe. Wie Lobbys und mächtige Wirtschaftsverbände unsere Demokratie im Griff haben.

*Text: Robert Misik  
Illustration: Eva Vasari*

**E**in Lobbyist kriegt Hunderttausende auf sein Konto und fragt, kaum dass die Unschuldsvermutung ins Wanken gerät: „Was war mei' Leistung?“ Und EU-Parlamentarier Ernst Strasser lässt sich auch noch filmen beim Versuch, seine politischen Kontakte meistbietend zu verkaufen. Funktionieren die Dinge so im Schattenreich zwischen Wirtschaft und Politik? Einerseits: Ja, so funktionieren sie wohl. Andererseits: So dreist und deppert stellen sich die Akteure nur im Sonderfall an.

Aber grundsätzlich ist wahr: Die wirtschaftlich Mächtigen haben unsere Demokratie im Griff, indem sie auf unzähligen Kanälen und mit viel wirtschaftlichem Einsatz ParlamentarierInnen, MinisterInnen und BeamtenInnen beeinflussen; und für viele professionelle Türöffner und Antichambrierer gibt das die Möglichkeit, viel Geld zu verdienen, etwa indem sie ihre Kontakte vergolden.

Dennoch finden sich immer wieder freundliche LobbyistInnen und auch unverdächtige ParlamentarierInnen, die einwenden, dass Lobbyismus doch eigentlich und grundsätzlich keine verdammenswerte Sache sei.





LobbyistInnen werden gerne auch zu AufsichtsrätInnen bestellt. Mit dem Argument, Politik-Einflüsse zu minimieren.

### Im Sinn des Gemeinwohls

Eines dieser Argumente lautet etwa, Lobbys seien doch prima, sofern alles nur ausreichend transparent geschehe. Wenn also Lobbyfirmen im Auftrag einer Interessenvereinigung, eines Konzerns oder einer Branche Einfluss geltend zu machen versuchen, dann würden sie den Entscheidungsträgern in Parlament, in Ministerien und Verwaltung ja Wissen zur Verfügung stellen, das diese Institutionen sonst nicht hätten. Und in dieser Idealwelt, die die Lobbyfreunde so evozieren, würden eben alle betroffenen Gruppen und Interessenverbände lobbyieren und in der Summe all dieser versuchten Einflussnahmen sind die Entscheidungsträger am Ende von allen Seiten informiert und könnten auf Basis vollständiger Information ihre unabhängigen Entscheidungen treffen. Doch in der wirklichen Welt sieht es natürlich ein bisschen anders aus. In der wirklichen Welt gibt es Gruppen, die finanzstark sind und denen es nicht um die beste Entscheidung im Sinne einer gemeinwohlorientierten Nützlichkeit geht, und die mit ihren Lobbyisten in Garnisonsstärke die vereinzelt KämpferInnen der Gegenseiten, der Konkurrenz oder von NGOs, spielend an die Wand drängen. Erst im vergangenen Sommer sorgte ein Hil-

feufruf der für die Finanzmarktreform zuständigen EU-Parlamentarier für Aufsehen, die beklagten, sie seien massiver Einflussnahme großer Finanzlobbys ausgesetzt, zu der es praktisch kein Gegengewicht gebe.

### Fragwürdige Marktmacht

Ein anderes Beispiel ist die Energielobby. Die Stromkonzerne sind „eine der Branchen, die am stärksten mit der Politik verflochten ist. Und zwar von der Spitzenpolitik bis hinunter in die regionale Ebene“, formulierte das

## EU-PARLAMENTARIER FUNKTEN SOS – WEGEN DER EINFLUSSVERSUCHE VON FINANZLOBBYS.

Heidi Klein von der NGO „LobbyControl“, nachdem Angela Merkel unter dem Einfluss der Atomlobby die Laufzeitverlängerung für deutsche AKW durchgeboxt hatte. Beispiele gibt es genug: George W. Bush und sein Vize Richard Cheney mit ihren vielfältigen Banden zum kollabierten Energieriesen Enron. Und dann die vielen Ex-Politiker, die als Türöffner und berufsmäßige Antichambre zu Energiekonzernen wechseln – Ger-

hard Schröder, Joschka Fischer, Österreichs Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der bei RWE im Aufsichtsrat sitzt, obwohl er – besonders schamlos – daheim in Wien noch immer ein Nationalratsmandat ausübt.

Aber sehen wir uns einmal genau an, was das eigentlich bedeutet: Einen solchen Einfluss haben schließlich nur Unternehmen und Branchen, die bereits mächtig sind. Die also – logischerweise – seit vielen Jahrzehnten schon ihre Unternehmensmacht aufgebaut haben. Im Fall der Energiewirtschaft sind das also Unternehmen, die seit den fünfziger Jahren im Gas-, Öl-, AKW-, Kohle-Geschäft sind, die also mit Technologien, die heute veraltet oder zumindest fragwürdig sind, ihre Marktmacht erlangt haben. Überspitzt formuliert: Die Unternehmen sind von *gestern*, aber dies gibt ihnen *heute* eine Marktmacht, die es ihnen erlaubt, ihr Feld *heute und morgen* zu verteidigen – und damit ganz offensichtlich auch gegen Branchen, die heute auf der Höhe der Zeit sind, aber in machtechnischer Hinsicht den großen Platzhirschen unterlegen sein müssen, weil sie eben *noch nicht* eine solche Macht akkumuliert haben.

Mit einem Wort: Die Lobbymacht solcher Branchen hat einen negativen Einfluss, selbst dann, wenn sie nicht auf direkt korrupte Weise ausgeübt wird. Einfach, weil die Macht einflussreicher Lobbys in der Vergangenheit gründet, während potenzielle zukünftige Player aus leicht nachvollziehbaren Gründen noch keine Lobbymacht haben, ist Lobbyismus systemisch notwendig eine Kraft des Status quo, die bestehende Arrangements gegen Veränderungen abzusichern versucht.

### Private übernehmen

Die Privatisierung vieler Staatsaufgaben in den vergangenen Jahrzehnten hat den Lobbys neue Tore geöffnet und eine neue Art von Korruption endemisch gemacht. „Das Verhältnis von Business und staatlicher Verwaltung wird neu justiert – zum Vorteil von erstem“, sagt die amerikanische Sozialwissenschaftlerin Janine Wedel, deren Buch „Shadow Elite“ in den USA jüngst für Aufregung sorgte. Wedels These: Früher machten FunktionärInnen entweder langfristig Karriere in Parteien und der Politik – oder in Firmen. Und die Firmenmanager versuchten dann die Politiker zu bestechen. Heute wechseln AkteurInnen von einem Bereich in den anderen. Und private Firmen übernehmen mehr und mehr Aufgaben im öffentlichen Bereich: Große Anwaltskanzleien

wickeln Privatisierungen ab, Consultingfirmen beraten Regierungen oder stellen sogar zeitlich befristete Beschäftigte für öffentliche Bürokrationen, LobbyistInnen werden zu AufsichtsrätInnen bestellt, was oft noch mit dem Argument aufpoliert wird, dass so der Einfluss der Politik – etwa auf Privatisierungen – minimiert wird. In Wirklichkeit eröffnet all das viele neue Möglichkeiten, Freunderln mit Geschäften zu versorgen.

### Apathie fördert Lobbyismus

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat in seinem Buch „Postdemokratie“ auf den Zusammenhang von Entpolitisierung und „Politikverdrossenheit“ und der zunehmenden Macht wirtschaftlicher AkteurInnen hingewiesen: Je mehr die BürgerInnen in Apathie versinken, „desto leicht-

er können Wirtschaftsverbände den Staat – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen“. Während PolitikerInnen Tag für Tag – und sei es nur bei Cocktailpartys – dem Einfluss von Wirtschaftslobbys ausgesetzt sind, die ihren Eigennutz verfolgen, üben indifferente BürgerInnen keinen Einfluss aus.

Politik wird in einer solchen Gemengelage auf schleichende Weise „for sale“. Oft braucht es da gar nicht die illegale Korruption, es reicht die schleichende Korrumpierung. Lobbygruppen geben sich in Ministerien die Klinken in die Hand. Beratungskanzleien und Anwaltsfirmen machen im Windschatten der Minister gute Geschäfte – und revanchieren sich dann. In Form von Parteispenden. Oder sie versorgen eine/n PolitikerIn mit einem Job, den der Minister gerne

loswerden will. Oder sie nehmen den Minister in ihre Firma als Teilhaber auf, wenn der aus dem Amt ausgeschieden ist und endlich auch einmal gut verdienen will.



Colin Crouch  
**Postdemokratie**  
 Suhrkamp Verlag,  
 2008  
**159 Seiten, 10 Euro**

## DAS LOBBYING-TRANSPARENZ-GESETZ

**Wer lobbyiert, muss sich künftig registrieren lassen. Hilft das schon?  
 Aktivitäten von Parteien gelten übrigens nicht als Lobbying.**

Für LobbyistInnen soll es künftig strengere Regeln geben: Im Entwurf von Justizministerin Beatrix Karl (V) für ein „Lobbying-Transparenz-Gesetz“ sind ein Lobbyisten-Register, Sanktionen und eine Unvereinbarkeitsbestimmung für Funktionsträger vorgesehen. Ziel des Entwurfs ist es den Erläuterungen zufolge, klare Verhältnisse bei Tätigkeiten zu schaffen, „die der Beeinflussung staatlicher Entscheidungsprozesse dienen“.

Lobbying wird in den Erläuterungen vom 22. Mai als „Einsatz geeigneter Personen oder Unternehmen zur Beeinflussung staatlicher Entscheidungsprozesse zwecks Wahrnehmung oder Durchsetzung spezifischer Interessen gegenüber der öffentlichen Hand“ definiert. Das sei an sich „nicht anrühlich“. Problematisiert wird Lobbying dann, wenn es heimlich, „im Hinterzimmer“ erfolgt.

Unterschieden wird zwischen mehreren Arten von LobbyistInnen – dem „klassischen“ Lobbyisten eines entsprechenden Unternehmens und „In-House-Lobbyisten“, also etwa MitarbeiterInnen einer „Public Affairs“-Abteilung in einem Unternehmen. Einbezogen sind auch Lobbying-Aktivitäten von sogenannten gesetzlich eingerichteten Selbstverwaltungskörpern (z. B. Wirtschafts-, Arbeiter- oder Landwirtschaftskammer), wengleich nicht gleich streng behandelt. Ähnlich werden auch Interessenverbände (z. B. auch NGOs, soweit nicht unentgeltlich tätig) behandelt.

Das Register soll „in wesentlichen Teilen“ öffentlich

einsehbar sein. Unternehmen, die Lobbying als Unternehmensgegenstand betreiben („Interessensvertretungsunternehmen“) müssen ihre Grunddaten, die beschäftigten LobbyistInnen sowie einmal im Jahr die Gesamtzahl der Lobbying-Aufträge und den damit erzielten Umsatz eintragen. In einen anderen Teil des Registers, der nicht jedermann zugänglich ist, muss für jeden Auftrag der Auftraggeber, Gegenstand und Umfang eingetragen werden. Diese Unternehmen unterliegen damit den strengsten Registrierungspflichten.

Unternehmen mit „In-House-Lobbyisten“ müssen ebenfalls ihre Grunddaten und entsprechende MitarbeiterInnen bekannt geben. Sie haben darzulegen, ob der Gesamtaufwand für Lobbying im letzten Geschäftsjahr 100.000 Euro überschritten hat. Bei Selbstverwaltungskörpern reicht die Registrierung bzw. Offenlegung der Grunddaten. Gleiches gilt für Interessenverbände.

Vor jedem erstmaligen Kontakt und gegebenenfalls auch währenddessen müssen LobbyistInnen auf ihre Aufgabe und AuftraggeberInnen hinweisen. Informationen dürfen nur auf „lautere Art“ beschafft werden. Zusätzlich muss ein Verhaltenskodex, etwa von einer Lobbyisten-Vereinigung, veröffentlicht und eingehalten werden. Dieser soll auch Empfehlungen zur Angemessenheit des Entgelts für Lobbying-Aufträge enthalten.

Verstöße sollen von Abmahnungen bis zu Verwaltungsstrafen bis 60.000 Euro geahndet werden.

Die Regeln gelten für alle LobbyistInnen, die sich an österreichische Funktionsträger richten. Das sind der Bundespräsident, Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete, aber etwa auch BeamtenInnen des Rechnungshofes. Betroffen sind die Einflussnahme auf den Prozess der Gesetzgebung (etwa im Parlament oder im Landtag oder bei der Vorbereitung eines Entwurfs), aber auch „administrative Entscheidungsprozesse“ in der Hoheitsverwaltung und der Privatwirtschaftsverwaltung einschließlich des Förderwesens und – soweit zulässig – des Vergabewesens des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Nicht als Lobbying werden Aktivitäten von Parteien (auch ihrer Akademien) und unentgeltliche Aktivitäten, also ehrenamtliches Engagement, gesehen. Ausgenommen ist auch die Kontaktaufnahme mit FunktionsträgerInnen, um eigene individuelle Interessen wahrzunehmen. Ein Bürgermeister, der Interessen gegenüber der Landesregierung geltend macht, soll dies weiterhin ohne Registrierung tun dürfen. Inkrafttreten soll das Gesetz mit 1. Oktober 2011, die verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen sechs Monate danach – zuerst gilt es aber, die SPÖ und, weil eine Verfassungsbestimmung geplant ist, auch mindestens eine Oppositionspartei zu überzeugen. Die SozialpartnerInnen haben gegen den Gesetzesentwurf übrigens schon heftig interveniert. (APA/red)

# „BEIM SAUSCHÄDELESSEN VOM KONRAD“

Der alte Lobbyismus-Stil ist extrem anfällig für Korruption, sagt Andreas Kovar. Der Ko-Geschäftsführer der PR- und Lobbying-Agentur Kovar & Köppl zählt sein Unternehmen zum neuen Stil. Ein Besuch bei den Salzburger Festspielen gehört da nicht dazu.

Interview: Maria Sterkl  
Fotos: Karin Wasner

**H**err Kovar, ist Österreich für Sie ein angenehmer Markt? Sie haben doch wenig Konkurrenz von anderen LobbyistInnen.

Ja, wir haben wenig Konkurrenz. Ich halte es nur für keinen Vorteil.

**Aber das ist doch praktisch für Sie – Sie können die Preise selbst bestimmen.**

Die Preisgestaltung ist natürlich ein Vorteil, ja. Aber es gibt in Österreich, wenn es hoch kommt, 50 Leute, die das machen, was ich mache – externe Lobbyingberatung. Und davon sitzen 20 bei mir im Unternehmen. Die Leute am externen Beratermarkt kennen einander alle, man ist relativ amikal. Diese Wadlbeißerei, die man aus der PR kennt, die gibt's bei uns nicht, es herrscht eine Art sozialer Kontrolle. Der Markt ist erst halb entwickelt. Das hat Vorteile, aber auch den großen Nachteil, dass ich ständig erklären muss, was ich mache.

**Dann kommt Ihnen die gegenwärtige Debatte ja zugute, oder nicht?**

Nicht ganz. In der Eskalationsphase kannst du über nichts sachlich diskutieren. Aber offensichtlich braucht es diese Eskalation, damit die Leute sehen: Dieses Thema ist auch wichtig. Seit drei Jahren rede ich mit der SPÖ, der ÖVP und den Grünen über ein Registergesetz zum Lobbyismus – ohne Erfolg. Nicht, dass ich glaube, dass man mit so einem Register Korruption bekämpfen könnte. Aber die Gesellschaft hat ein Anrecht, zu wissen, wie die Landkarte der Interessensvertreter aussieht.

**Sind Politiker froh, wenn sie gabelfertige Gesetzestexte vorgelegt bekommen?**

Über fertige Texte sind sie meistens nicht froh. Das sag' ich auch aus eigener Erfahrung aus meiner Zeit als Politiker. Einen fertigen Abänderungsantrag nimmt man meistens nicht – man will ja die Hintergründe

wissen. Am besten ist, man bringt genau auf den Punkt, was man will – Fakten, Argumente, am besten in Frage-Antwort-Form. Wenn man zusätzlich noch einen Normtext liefert, ist man gut unterwegs.

**Gibt es PolitikerInnen, die schwerer zu „bearbeiten“ sind als andere?**

Es gibt *working horses* und *show horses*. Meistens kann man das ganz gut unterscheiden. Der Hundstorfer ist z. B. einer, der fleißig arbeitet, sich die Hintergründe erklären lässt, aber der auch sehr genau weiß, was er will – einer, der auch Nein sagt, was bei Politikern eher selten ist. Die Tendenz geht sehr stark in Richtung Inszenierung.

**Würden Sie für SOS Mitmensch einen Auftrag annehmen, zum Beispiel, gegen das neue Fremden-gesetz zu lobbyieren?**

Ja.





Genau betrachtet: Die Vorstellung, dass irgendwelche Golfpartner das Sagen haben, ist vollkommen unreal.

**Wie viel würde das kosten?**

Wir würden das pro bono herschenken. Wir machen das fast immer, wenn es angefragt wird.

**Wie viel würden Sie einem Unternehmen verrechnen?**

Das kommt darauf an. Unser Tagsatz ist 2.400 Euro. Die Prozesse laufen aber meistens über Jahre. Die neue Binnenmarkt-Richtlinie zu Gas und Strom bearbeiten wir seit 2006.

**Wie viel kostet das?**

Circa 200.000 Euro pro Jahr sind realistisch.

**Es geht also in den Millionenbereich – für ein einziges Gesetz?**

Die Kosten für ein Unternehmen, das sich beteiligen will, liegen bei einer Million Euro für eine EU-Richtlinie plus Umsetzung ins nationale Recht. Das ist natürlich viel Geld. Aber wenn ein schlechtes Gesetz herauskommt, dann kostet das auch Geld.

**Wird ein Gesetz durch Lobbying besser?**

Die Wirkung politischer Entscheidungen kann desaströs sein. Politiker handeln aber meistens so, als ob es keine Außenwelt gäbe. Als erfahrener Politiker hast du einen Beraterstab – das sind meistens die eigenen Angestellten. Die Vorstellung, dass da irgendwelche Golfpartner das Sagen haben, ist vollkommen unreal – das ist nicht der Fall. Wir als Lobbyisten versuchen, in diesen Beraterkreis vorzudringen.

**Zu wem gehen Sie in Brüssel? Zu Mitarbeitern der Kommission, zu Parlamentariern?**

In der ersten Phase sind wir zum Rat gegangen, also zur österreichischen Ministeriumsebene. EU-Lobbying betreibst du vor allem über die Hauptstädte – über Berlin zum Beispiel. Wir haben einmal mit Berlin gesprochen, um herauszufinden, wie sich die Deutschen bei der nächsten Ratssitzung verhalten würden.

**Haben Sie es herausgefunden?**

Ja. Die Österreicher wussten das zu dem Zeitpunkt noch nicht.

**WIR VERSUCHEN, IN DEN BERATERKREIS DER POLITIKER VORZUDRINGEN.**

**Sie lobbyieren ja nicht nur „große“ EU-Richtlinien, sondern auch nationale Verordnungen. Wie viel kostet das?**

Auch bei kleinen Verordnungen behaupte ich, dass der Prozess oft über mehrere Jahre läuft. Wenn Sie erst bei der Entscheidung selbst Einfluss nehmen wollen, ist es eh schon zu spät. Lobbying ist nicht Event-orientiert.

**Sie gehen nicht zu den Salzburger Festspielen?**

Nein. Was will ich denn dort? Was will ich denn beim Sauschädelessen vom Konrad, beim Opernball, in Kitzbühel, bei den Festspielen? Um Bekanntschaften aufzufrischen,

reichen mir die ganzen Weihnachtsfeiern und Sommerfeste. Ich bin 47, ich bin lang genug im Geschäft – und wenn ich jemanden nicht kenne, dann gibt es immer Leute, die den kennen. Wissen Sie, es gibt den alten und den neuen Stil der Interessenvertretung. Der alte Stil geht so: Der Vorstand kennt eh jemanden, der ruft den an, und die Mitarbeiter erfahren gar nichts. Der neue Stil funktioniert so: Man betreibt Lobbying im Unternehmen als Teamarbeit. Persönliche Kontakte des Vorstands werden immer erst als letztes Mittel eingesetzt. Wenn gar nichts mehr geht, sagt man: Gut, jetzt muss der Vorstand noch mit dem Landeshauptmann reden, weil das, was die Beamten da treiben, das geht einfach nicht, da müssen wir uns wehren.

**Ich nehme an, Sie vertreten den neuen Stil.**

Ja. Aber der alte ist viel verbreiteter in Österreich. Und er ist extrem korruptionsanfällig. Es gibt einige Lobbyisten in Österreich – und die kennt man alle –, die versuchen, den Unternehmen das so zu verkaufen, als würde man bei den Festspielen etwas gewinnen.

**Wer Korruption aufdecken will, braucht nur zu den Festspielen zu gehen?**

Wissen Sie, Korruption ist in Österreich ein relativ scharf umrissenes Problem. Die Frage, was in Österreich legal und was nicht mehr legal ist, ist relativ klar. Aber es wird viel zu wenig verfolgt. Seien wir ehrlich: Diese Hochegger-Geschichte, das haben wir ja alle gewusst, dass da irgendwelche Linken laufen.





## ZUR PERSON

## Andreas Kovar

**Andreas Kovar (47) war bis 1999 für das Liberale Forum im österreichischen Parlamentsklub und als wirtschaftspolitischer Berater im EU-Parlament tätig. Der studierte Forstwirtschaftler gründete 2000 gemeinsam mit Peter Köppl die externe Lobbyingberatung „Kovar & Köppl Public Affairs“, die heute mit Büros in Wien und Berlin vertreten ist.**

Wenn du mit Journalisten geredet hast, hast du gesagt, bitte schaut euch das in der Buwog einmal an. Dann haben die gesagt: Hast du einen Beleg? Und ich hab' gesagt: Nein, aber es schaut aus wie eine Ente, es quakt wie eine Ente, also was wird es sein?

**Heute hingegen wird berichtet.**

Ja, heute ist es so weit eskaliert, dass alles unterstellt werden darf – Stichwort Vorwürfe gegen Hannes Jarolim: Das kann ausschauen wie ein Uhu, und du kannst behaupten, es ist eine Ente, und alle sagen: Ja, es quakt. Dann plötzlich geht jede Geschichte. Aber im Vorfeld will es keiner hören.

**Vermitteln Sie Privatpersonen gegen Bezahlung Kontakt zu PolitikerInnen?**

Nein, weil es nicht notwendig ist. Wenn das interessant ist, was Sie ihm erzählen, wird er Ihnen zuhören.

**Wie nahe dürfen Politik und LobbyistInnen einander kommen, ab wann wird es kritisch?**

Sie sollten einander sogar sehr nahe sein. Was problematisch ist, ist die Verquickung von Politik, Medien, Wirtschaft – bezahlte Journalisten und so weiter. Aber die Nähe ist nicht das Problem. Wir haben ja derzeit eher das Problem einer Lücke zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Alle Politiker machen dieselbe Erfahrung: Du sitzt wo, es kommt jemand, der erzählt dir was. Du weißt, so kann das nicht ganz stimmen, der hat überhaupt keine Ahnung vom aktuellen Stand der

Diskussion, und du denkst dir: Puh, ein bisserl Zeitunglesen könnte dem nicht schaden. Dann fragst du ihn: Wie kann ich Ihnen helfen, was könnten wir tun? Und nach einer Stunde sagt er: Wissen S' was, lass ma das, was nachkommt, ist meistens noch schlimmer. Die Anschlussfähigkeit der Zivilgesellschaft an die Politik ist nicht gegeben.

**Gut, aber im Bereich Asylrecht gäbe es durchaus kompetente NGO-VertreterInnen – die klagen aber darüber, dass die Politik ihnen nicht zuhört.**

Ja, das sind Einzelne. Aber die NGOs ins-

## POLITIK UND LOBBYISTEN SOLLTEN EINANDER SEHR NAHE SEIN.

gesamt sind noch nicht kompetent genug. Vor allem fehlt mir der Diskurs. Gehen Sie auf Politikinstitute in Wien: Da wird über Partizipation gesprochen, als wäre das das Schlimmste, was uns passieren kann. Ich halte Partizipation von Unternehmen und NGOs für einen Fortschritt. Das Ideal wäre, einen großen Markt der verschiedenen Interessen zu haben.

**Besteht nicht die Gefahr, dass die, die das nötige Geld haben, sich durchsetzen, und die, die ohnehin schwach sind, kein Gehör finden?**

Ja. Die Frage ist nur: Verschlechtert sich das

dadurch, dass sich Unternehmen verstärkt beteiligen? Ich glaube nicht.

**Aber es gibt doch keine Waffengleichheit. Eine politische Partei profitiert von guten Beziehungen zu einer Bank – aber wohl kaum von guten Beziehungen zur Schuldnerberatung. Vielleicht werden beide Seiten gehört, aber die Meinung der einen Seite hat mehr Gewicht.**

Es ist ja jetzt auch nicht so, dass ich ein ausgeglichenes System aller Ansprüche hätte. Beim Konsultationsverfahren im Parlament musst du eingeladen werden – das ist nicht öffentlich. Dann gibt es Stellungnahmen, gut, aber die werden nicht alle veröffentlicht. Dann verschwindet das Ding nach der Entwurfsphase, kommt in einen Ausschuss, der auch nicht öffentlich ist, und dort wird dann der Opposition überraschend ein Änderungsantrag rübergeschoben, der völlig anders aussieht als vorher. Was ist da transparent? Nichts!

**Sind Sie optimistisch, was Korruptionsbekämpfung in der Zukunft angeht?**

Ja, es wird viel strengere Regelungen geben – auf Druck der EU. Manche sind skeptisch. Aber früher hat es geheißt: „Wenn in Österreich das EU-Vergaberecht kommt, dann wird nichts mehr gebaut werden.“ (*Schaut zum Fenster*) Also, ich habe nicht den Eindruck, dass nichts gebaut wird.





# DIE 5. GEWALT UND DIE NGOS

Der Einfluss von LobbyistInnen und BeraterInnen auf die Politik wächst. Auch NGOs können sich dem demokratiepolitisch bedenklichen Trend nicht verschließen. Wie aber lobbyieren NGOs?

*Text: Andreas Görg, Fotos: Karin Wasner*

**E**s gilt als common sense, von den Medien als 4. Gewalt zu sprechen. LobbyistInnen werden neuerdings als 5. Gewalt bezeichnet. Laut Schätzungen werden 70–80 Prozent der relevanten politischen Entscheidungen in Brüssel getroffen. Lobbying hat auf EU-Ebene ein ganz anderes Gewicht als auf nationaler Ebene. Europaweit hat die Allgemeinheit kaum etwas mitzureden, und auch die Medien können ihre Macht gegenüber Brüssel nicht im selben Maße entfalten wie gegenüber den politischen Parteien und EntscheidungsträgerInnen auf nationaler Ebene. Nach wie vor ist die Gewaltenteilung auf EU-Ebene schwach ausgeprägt. Das aufkeimende politische Selbstbewusstsein von LobbyistInnen und PolitikberaterInnen ist daher verständlich. Sie nehmen effektiv Einfluss. Auch die NGOs können sich dem demokratiepolitisch bedenklichen Trend zum Lobbyismus nicht verschließen. Ob NGOs effektiv an der 5. Gewalt teilhaben, ist allerdings fraglich.



ENARA-Veranstaltung im Parlament: Wie kann die Zivilgesellschaft in der institutionellen Politik intervenieren?

### Eine Frage der Zuständigkeit

Sabine Frank ist Direktorin der Platform for Intercultural Europe (PIE) in Brüssel. Auf die Frage nach ihrem größten Lobbying-Erfolg in der letzten Zeit antwortet sie zögerlich. Es sei wohl schwer zu verstehen, meint sie, dass ihr größter Lobbying-Erfolg im letzten Jahr die Einsetzung einer Arbeitsgruppe des Europäischen Rates zum Thema „inclusive and accessible culture, cultural diversity and intercultural dialogue“ gewesen ist. Diese Arbeitsgruppe besteht aus VertreterInnen von nationalen Ministerien und wird sich 2011 an vier Tagen treffen. Die Arbeitsgruppe hat eine Agenda, aber kein Budget. Im Rahmen des sehr weitfassten Titels der Arbeitsgruppe sollen die Politiken in den einzelnen Ländern im Rahmen der sogenannten offenen Koordinierungsmethode unverbindlich aufeinander abgestimmt werden. That's it. Trotzdem ist das für Sabine Frank ein Erfolg, auf den monatelang hingearbeitet wurde. Denn nachdem die Show zum Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 vorbei war, gab es auf EU-Ebene kein Gremium mehr, das überhaupt für die Agen-

den der PIE zuständig war. Solange niemand zuständig ist, kann in einem bürokratischen Apparat gar nichts bewegt werden. Nun gibt es wenigstens diese Zuständigkeit. Das ist für die PIE ein wichtiger erster Schritt, der andere Erfolge erst möglich macht.

## NGOS MÜSSEN DER EU-KOMMISSION PERSPEKTIVEN VERMITTELN.

### Perspektiven bieten

Dieses Beispiel zeigt auch, wie langfristig NGOs auf europäischer Ebene denken und arbeiten müssen. Auf nationaler Ebene funktionieren NGOs v. a. als Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, als unmittelbare Eingreiftruppen angesichts sozialer Probleme, die effektiver unbürokratisch zu bearbeiten sind. Wie auf der nationalen Ebene sehen auch die NGOs auf europäischer Ebene ihre Aufgabe darin, soziale Probleme zu lösen. Chibo Onyeji, Präsident des European Network Against Racism (ENAR),

meint, die EU-Kommission habe realisiert, dass sie die Probleme nicht alleine lösen kann. Sie braucht das Wissen der civil society, das aus der täglichen Beschäftigung mit sozialen Krisen erwächst. Die Kommission versteht es, die Perspektiven der NGOs zu nutzen. Dementsprechend sei laut ENAR-Präsident Onyeji die Aufgabe der NGOs, der Kommission Perspektiven zu vermitteln. Nicht umsonst spricht er von Perspektiven, denn das Streben der NGOs in Brüssel muss langfristig angelegt werden. Wer in den langwierigen Gesetzgebungsverfahren nicht frühzeitig die Weichen stellt, hat ab dem Zeitpunkt, wo eine Agenda auf Schienen steht, kaum noch eine Chance, effektiv Einfluss zu nehmen.

Die NGOs auf europäischer Ebene beraten keine sozial bedürftigen KlientInnen, sie beraten Kommission, Rat und EU-ParlamentarierInnen. Valide Informationen über tatsächliche Probleme und erprobte Lösungsmöglichkeiten, die sogenannten good practices, bilden das Einfallstor für den Lobbyismus der NGOs. Die NGOs stellen damit auch einen wichtigen Teil der realen Gewalt-

tenteilung auf europäischer Ebene dar, denn sie machen die EU-Institutionen (im Speziellen die Kommission) etwas unabhängiger und selbstbewusster gegenüber den Informationen, die von den nationalstaatlichen Instanzen und vom Rat weitervermittelt werden. Aber auch um dem Vorwurf des Demokratiedefizits etwas entgegenzustellen, finanziert die EU-Kommission mehrere NGO-Netzwerke mit Sitz in Brüssel.

### Kritische NGOs? ... nicht in Brüssel!

Genau diese Finanzierung ist allerdings ein wunder Punkt der europäischen NGOs. Die Geschichte des EU-MigrantInnenforums kennen die älteren NGO-MitarbeiterInnen nur zu gut: Nachdem der Präsident des EU-MigrantInnenforums bei einer EU-Konferenz öffentlich Kritik an der Migrationspolitik der EU geäußert hatte, wurde das EU-MigrantInnenforum schlicht nicht weiter finanziert. Das war gleichbedeutend mit dem schnellen Ende dieser Organisation.

NGOs, die allseits kritisch und aktivistisch auftreten, bekommen auch auf nationaler Ebene selten staatliche Förderungen. Da sich die fütternde Hand nicht gerne beißen lässt, ist Kritik seitens der NGOs stets mit finanziellem Risiko verbunden.

Auf nationaler Ebene können NGOs jedoch auch dann überleben, wenn sie keine staatliche Förderung mehr bekommen. Sie schnallen den Gürtel enger und versuchen – insbesondere durch Mobilisierung einer kritischen Öffentlichkeit –, neue Geldquellen zu erschließen. Auf diese Weise haben Organisationen wie Asyl in Not oder die Wiener Integrationskonferenz überlebt, als ihnen der staatliche Geldhahn abgedreht wurde. Die europaweiten Netzwerke hingegen können den Gürtel nicht leicht enger schnallen. Ohne ausreichende Finanzierung geraten sie sehr schnell schon allein wegen der anfallenden Fahrt- und Übernachtungskosten ihrer RepräsentantInnen in Bedrängnis, vom Erhalt eines Büros und des Personals in Brüssel ganz zu schweigen. Sie haben es wesentlich schwerer, die finanziellen Ressourcen einer kritischen Öffentlichkeit zu mobilisieren, denn sie sind von der Lebenswelt der kritischen Zivilgesellschaften in den Nationalstaaten sehr weit entfernt. Daher sind NGOs auf EU-Ebene aus Gründen der Selbsterhaltung darauf verwiesen, Kritik – wenn überhaupt – sehr höflich in Form von alternativen Vorschlägen und erläuternden Bemerkungen anzubringen. Dieser Habitus hat auch Auswirkungen auf jene NGOs, die finanziell nicht von den EU-Institutionen abhängig sind, wie z. B. das von



Machtvakuum in den alten nationalstaatlichen Parlamenten?

seinen potenten Mitgliedsorganisationen finanzierte Solidar-Netzwerk. Wer in Brüssel gehört werden will, muss leise und diplomatisch auftreten. Die Kunst des Lobbyismus besteht laut Sabine Frank darin, in kurzen Gesprächen „präsentable Häppchen“ zu vermitteln.

### Krisenhafte Konjunktur nützen

Bedeutendere Lobbying-Erfolge von NGOs ergeben sich nicht aus ihrem eigenen Einfluss, sondern aus der politischen Konjunktur. So wurden z. B. die Antidiskriminie-

## IM RICHTIGEN MOMENT EINE KRISENHAFTE KON- JUNKTUR NUTZEN – EINE CHANCE FÜR NGOS.

rungs-Richtlinien der EU zwar über mehrere Jahre lobbyiert, letztlich umgesetzt wurden sie jedoch im Sommer 2000, als europaweit den Parteien der Mitte der Schock über die schwarz-blaue Regierungsbildung in Österreich in den Knochen steckte. Die Erweiterung der Antidiskriminierungsrichtlinien steckt hingegen seit einigen Jahren fest. Deutschland sperrt sich, und mehrere andere Länder verbergen sich im Windschatten der Deutschen. Rechte Regierungen sind in Europa 11 Jahre nach dem Februar 2000 nichts Neues mehr. Es wird einen

Schock von anderer Qualität brauchen, damit bei den Antidiskriminierungs-Richtlinien wieder Bewegung in die verhärteten Fronten kommt.

In schockfreien Zeiten kommt der Einfluss von NGOs kaum über Präambeln und sonstige relativ unverbindliche Teile der supra- und internationalen Gesetzgebung hinaus. Dieser Einfluss ist allerdings zweischneidig, denn durch die schönen Allgemeinplätze wird dem politischen System auch Legitimation verliehen. Das Gute und Schöne bleibt allgemein unverbindlich und dient als Mäntelchen für den Teufel, der im verbindlichen Detail steckt.

Fazit: NGOs haben es auf europäischer Ebene extrem schwer, aktiv etwas Bedeutendes zu verändern. Sie brauchen einen sehr langen Atem, müssen ihre Kritik jahrelang hinunterschlucken, um im richtigen Moment eventuell eine krisenhafte Konjunktur nutzen zu können, in der sich plötzlich und für kurze Zeit eine Öffnung in der Mauer auftut, gegen die NGOs vormals teils über Jahre erfolglos angerannt sind.

Trotzdem ist die Arbeit der NGOs auch in diesen Jahren nicht ganz sinnlos, denn durch die Weitergabe von Good Practice an die bürokratischen Apparate werden langfristig fortschrittliche Perspektiven vermittelt, die vielleicht irgendwann wirksam werden – wer weiß?!



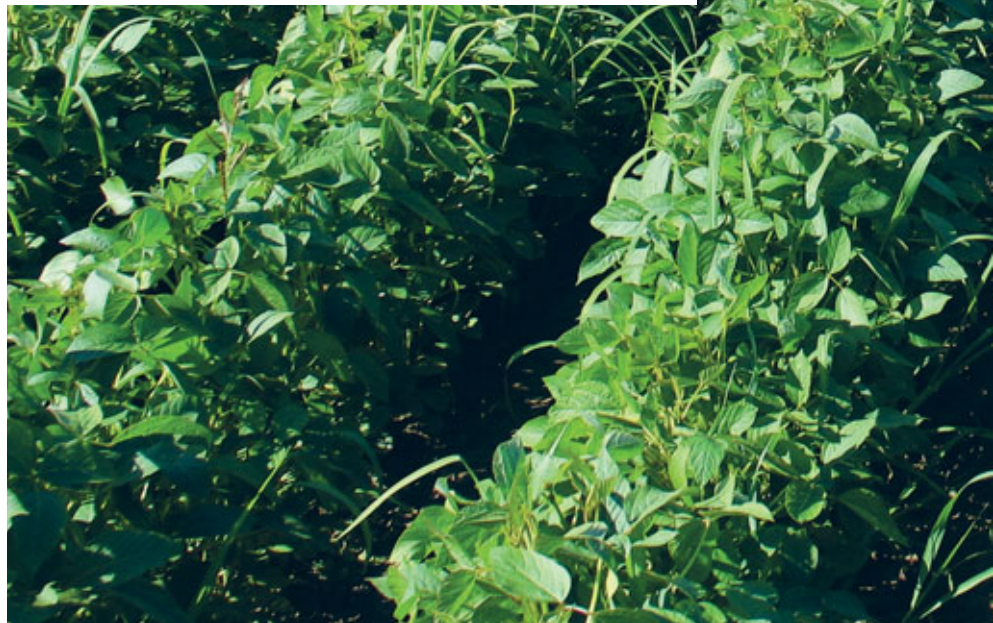
## BIO-LOBBYISMUS

# HEUTE LACHT NIEMAND MEHR

Manchmal ist Lobbyismus schlicht Bewusstseinsbildung. „Bio“ hat sich in Österreich wie in kaum einem anderen Land durchgesetzt.

Text: Gunnar Landsgesell, Melanie Troger

**K**aum hatte Rudi Vierbauch, Obmann von Bio Austria, nach seiner Rede auf der parlamentarischen Enquete Ende Mai wieder Platz genommen, kam schon ein leicht aufgebrachter Abgeordneter zu ihm. Er klärte den Biobauern-Vertreter sinngemäß auf, dass das mit der biologischen Landwirtschaft Unsinn sei, weil vom Ackerboden seiner Nachbarn schon das Unkraut herüberwuchere. Kaum zu glauben, aber während die Nachfrage in Österreich nach biologischen Produkten nicht mehr gestillt und teils durch Importe aus China abgedeckt werden müsse, wie Vierbauch erzählt, finden sich auf politischer Ebene offenbar immer noch Fürsprecher einer Landwirtschaft, die auf den Einsatz chemischer Keulen schwört. Dabei hatte Vierbauch eben grundsätzliche Gedanken zu einer gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013 skizziert. Mit Pestiziden und künstlichen Stickstoffdüngern habe man in Europa in den vergangenen vier Jahrzehnten die Produktivität um den unglaublichen Wert des Zwanzigfachen gesteigert. Nun wollen immer weniger KonsumentInnen die Früchte dieses Erfolgs konsumieren.



## Bio: Vielen zu radikal

Heute liegt Österreich mit knapp 20 Prozent Bio-Flächenanteil weltweit im Spitzfeld. Mit seinen kleinteiligen bäuerlichen Strukturen barg der EU-Beitritt 1995 zwar ein echtes Risiko, doch die Politik habe – das bescheinigt auch Vierbauch – diese Herausforderung mutig gemeistert. ÖPUL, das Förderprogramm für umweltgerechte und natürliche Landwirtschaft, spielte dabei für den Bio-Boom eine bedeutende Rolle. Vielen Bauern und Bäuerinnen wurde der Umstieg

durch satte Förderungen schmackhaft gemacht, ein ökologisches Bewusstsein entwickelte sich. Demnächst läuft ÖPUL aus und Rudi Vierbauch fordert wieder mehr Mut von der Politik. Er sieht ein Land, wo biologische Landwirtschaft einen klaren Stellenwert hat, aber immer noch eine „emotionale Schwelle“ besteht, weiter in umweltfreundliche Techniken für die Zukunft umzustellen. Diese zu überwinden, dafür lobbyiert Vierbauch gerne. Was er darunter versteht, ist, vor allem auf Veranstaltungen in vie-



Bio-Bauer Heinz Unger: „Wir lebten auch als konventionelle Bauern gut. Aber wir wollten etwas für uns und unsere Kinder ändern.“

len Einzelgesprächen Ängste auszuräumen. Bei den Mitgliedern des mächtigen Bauernbundes dürfte die grün dominierte Bio Austria keinen leichten Stand haben, die konventionelle Landwirtschaft fürchtet, durch den Ausbau von Bio unter Druck gesetzt zu werden. Vierbauch: „Bio ist für viele zu radikal, sie können sich gar nicht vorstellen, jemals biologisch anzubauen.“ Noch wartet einiges an Überzeugungsarbeit, auch um die Politik von den Vorzügen und der Notwendigkeit einer umwelt- und tiergerechten

Landwirtschaft zu überzeugen, glaubt der Landwirt, der im kärntnerischen Räufling selbst 50 Kühe zur Milchwirtschaft hält. Dass Österreich sich nicht immer zu Recht als Bio-Hochkulturland abfeiert, zeigt sich etwa am Stand der Schweinehaltung. Nur knapp zwei Prozent der Schweinebauern setzen auf eine artgerechte Haltung mit Auslauf. D. h., 98 Prozent produzieren ihre Wurst- und Fleischwaren mit Tieren, die ihr Leben auf engem Raum, auf Spaltböden in Hallen, fristen. Die Lüftungen arbeiten 24

Stunden am Tag. Bei einem Ausfall würden die Tiere rasch den Ammoniak- und anderen Gasen erliegen. Derzeit kampagnisiert der Verband der Schweinebauern heftig für die Fortsetzung der Kastenstand-Haltung. Und beweist, dass noch nicht alle im Feinkostladen Österreich, wie Franz Fischler es einmal ausdrückte, angekommen sind.

### Angst vor Veränderung

„In der Umstellungsphase gab es viele Unsicherheiten“, erinnert sich der Biobauer

Heinz Unger. „Ich hab mich gefragt, ob mich die Nachbarn auslachen.“ Heinz und Christa Unger stellten ihren Hof im steirischen Mitterlabill vor zehn Jahren um. Aus Überzeugung. „Wir haben das nicht wegen irgendwelcher Förderungen gemacht. Wir lebten als konventionelle Bauern auch gut, aber wir wollten etwas für uns und unsere Kinder ändern.“ Mittlerweile lache niemand mehr über die Biobauern. „Ein besonderes Kompliment für uns ist sicher, dass sogar unsere Nachbarn, konventionelle Bauern, bei uns einkaufen.“ Dennoch bleibt das agrarische Kräfteverhältnis ungleich. Dass die Produktion einiger konventioneller Produkte nach wie vor stärker forciert wird, führt Unger auch auf die rege Lobbytätigkeit innerhalb der Landwirtschaftskammer zurück: „Natürlich gibt es die. Die Schweinelobby zum Beispiel versucht immer rüberzubringen, wie gesund es ist, Fleisch zu essen. Bei anderen Produkten hat man hingegen das Gefühl, alleingelassen zu werden.“ Unger schwört auf Soja – ein Eiweißkonkurrent von Fleisch – und Hanf, beides würde kaum propagiert. Statt dessen würden viele Bauern jedes Jahr das Gleiche anbauen. „So, wie sie es gewohnt sind, und wofür sie Förderungen erhalten. Dabei“, so Unger weiter, „gäbe es bei den Bauern viel Potenzial.“ Während die Bremser im Bauernbund also auch an der Absicherung des eigenen Klientels interessiert sind, dürfte die Zeit gegen sie arbeiten. Auch christlich-soziale Politiker wie Franz Fischler haben das erkannt, als sie als Interessensgruppe das Ökosoziale Forum aus der Taufe gehoben haben. Freilich ist die Frage, wie sehr bei diversen Bio-Initiativen wie „A faire Milch“ von Lobbyismus oder nicht vielmehr von Idealismus gesprochen werden muss. Dass ökologisch orientierte Initiativen mitunter einen schweren Stand haben, skizziert Hans Weiss in seinem Buch „Schwarzbuch Landwirtschaft“. 2004 formierten sich an fallenden Milchpreisen verzweifelnde Bauern in der Bio-orientierten IG Milch. Nach beharrlicher Aufbauarbeit und spektakulären Protestaktionen, etwa der Demo am Wiener Ring im April 2009, zählt die IG Milch heute rund 6.000 Mitglieder. In Supermärkten konnte man sich als erfolgreiche Marke etablieren. Die Rebellen waren von Beginn an auf Selbsthilfe angewiesen, finanzierten sich im Alleingang. Als 2007 das Ökosoziale Forum eine Vermarktungsfirma mit dem nicht unähnlich klingenden Namen Fairea gründete, erhielt diese, laut Weiss, von den Agrarstellen



Rudi Vierbauch, Obmann von Bio Austria. Der Biobauernbewegung gehören etwa 14.000 Mitglieder und 250 Kooperationsbetriebe an. Bio Austria vertritt etwa 70 Prozent der 20.000 Biobauern Österreichs mit einem Gesamtumsatz von etwa 300 Mio. Euro und ist damit einer der größten Bio-Verbände der EU.

auf Anrieb mehrere 100.000 Euro Förderzusagen. Der nebulose Begriff des Lobbyismus scheint manchmal das Gegenteil von Überzeugungsarbeit zu bedeuten. Ende 2009 beteiligten sich laut Hans Weiss acht österreichische Betriebe an Fairea, gegenüber 6.000 Bauern von „A faire Milch“. Dass sich der Öko-Gedanke in Österreich nicht nur bei den LandwirtInnen – rund 15 Prozent sind Bio-Bauern – marktrelevant durchsetzte, sondern auch bei den KonsumentInnen, dafür spielte auch der Einzel-

## **FUTTERMITTEL AUS ARMEN LÄNDERN ZU IMPORTIEREN, UM TÄGLICH FLEISCH ZU ESSEN, IST FALSCH.**

handel eine Rolle. Schon im Herbst 1994 stand die bis heute mächtige Marke „Ja! Natürlich“ in den Regalen. „Ein wichtiger Punkt für den Erfolg von Bio ist, dass die großen Supermarktketten Bio-Linien einführen“, bestätigt auch Jens Karg von Global 2000. Einer, der in diesem Zusammenhang gerne als Pionier bezeichnet wird, ist Werner Lampert. Er überzeugte die Rewe-Bosse, Bio-Produkte als eigene Linie ins Sortiment zu nehmen. Von Biobauern und Konzernchefs anfangs gleichermaßen belächelt, glaubte der Vorarlberger an die Symbiose zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen. Mittlerweile hat Lampert mit „Zurück zum Ursprung“ auch den Diskonter Hofer erobert. Der ökologische Aspekt wur- de hier PR-trächtig durch die regionale Her-

kunft ergänzt. Angesichts diverser Skandale in der Lebensmittelindustrie könnte man nicht ohne Ironie so wie der Grün-Abgeordnete Wolfgang Pirkhuber behaupten: „Wenn jemand Lobbyarbeit für Bio geleistet hat, dann war das die Lebensmittelindustrie selbst. Deren Skandale brachten die Konsumenten zur Verzweiflung.“ Der Grüne fordert unbescheiden den Ausbau von der Nische zu einem Produkt, das 100 Prozent des Marktes umfasst. Weil es der einzig richtige Weg sei.

In der Frage genmanipulierter Pflanzen scheint man sich über die Richtung hingegen einig. Österreichweit gibt es verschiedene Initiativen, um die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu verhindern. Wolfgang Kober von Bio Austria verweist auf das steirische Gentechnikvorsorgegesetz, das dessen Einsatz verbietet. „2010 ist es gelungen, die Landkarte für eine gentechnikfreie Steiermark zu vervollständigen. Laut Gesetz ist es also praktisch unmöglich, GMO in der Steiermark anzubauen.“ Schon das Gen-Volksbegehren, das 1997 von den Grünen initiiert wurde, war mit 1,2 Mio. UnterstützerInnen das bis dahin zweiterfolgreichste in der Alpenrepublik. So eindeutig diese Haltung sein mag, so unklar erscheinen die Grenzen etwa bei Futtermitteln. Österreich importiert jedes Jahr viele Tonnen Soja als Futtermittel. Dieses Soja darf auch gentechnisch verändert sein und gelangt so sehr versteckt in die Nahrungskette. Die Ungers, die als Biobauern selbst Soja produzieren, haben für diese Importe naturgemäß wenig Verständnis: „Dass Futtermittel aus den armen Ländern der Welt importiert werden müssen, nur um unser tägliches Stück Fleisch am Teller zu haben, ist einfach falsch. Falls wir nicht genug Futtermittel erzeugen, haben wir auch nicht das Recht, derart viele Tiere zu halten und zu essen.“ Der Grüne Pirkhuber, selbst ein Bio-Nebenerwerbsbauer, sieht für die Zukunft zwei Visionen: „Die erste ist bestimmt von Agrarchemie und Gentechnik. Die andere ist der biologische Landbau. Dieser ist auch für Länder in Afrika mit knappen Ressourcen die bessere Variante. Außerdem sollten diese Länder ein Recht zur Selbstbestimmung haben und nicht von anderen Konzernen abhängig sein.“ Nicht nur im weiteren Ausbau biologischer Landwirtschaft, sondern auch in dieser Hinsicht wartet noch eine Menge Bewusstseinsarbeit auf die VorkämpferInnen einer zukunftsorientierten Landwirtschaft.



## Humanitäre Krise in Nordafrika

Ist Europa wirklich überfordert?

500.000.000 eu - bürgerInnen

20.000 tunesien - flüchtlinge

Dank an Bernhard Jenny ©

### TIERSCHÜTZERINNEN-PROZESS

## Prekäre Freisprüche

Die „Mafia-Posse“ („profil“) in Wiener Neustadt endete mit einem Freispruch für alle 13 TierschützerInnen. Ein Happy End bedeutet er nur bedingt. Einige der Betroffenen stehen vor dem finanziellen Ruin. Sei es durch die hohen Anwaltskosten des langen Verfahrens, den Zeitraub durch die erforderliche ständige Präsenz oder schlicht durch die psychischen Belastungen der Haft. Verfahrenskosten werden keinem der Betroffenen erstattet, obwohl sie vom Gericht freigesprochen wurden. Zy-

nisch ließe sich vermerken, es könne eben nicht jedem gehen wie dem Grafen Mendorff-Pouilly, dem nach einer Woche Haft in England 430.000 Euro Haftentschädigung zugesprochen wurden. Hätte er das gewusst, er wäre länger geblieben, meinte dieser süffisant. Den AktivistInnen bleibt, auf Spenden zu hoffen und teils auf neue Jobs. Manche konnten immerhin ihre Anstellung durch das Verständnis ihrer ChefInnen behalten. Oft spielte der Zufall mit. Ein Aktivist wurde

offenbar deshalb angeklagt, weil er den Jägern im Wald mit Sirenen die Tiere verscheuchte. Wie prekär NGOs arbeiten, zeigt sich bei solchen Prozessen immer wieder. Auch am Beispiel des ehemaligen Leiters der Hilfsorganisation Cap Anamur, Elias Bierdel. Er rettete Bootsflüchtlinge vor dem Ertrinken und musste daraufhin über Jahre wegen der Anklage der Schlepperei nach Sizilien vor ein Gericht reisen. Auch er wurde freigesprochen, bis heute trägt er an der Last des Prozesses. *red*

## Lamin J.: Abschiebung nicht verhindert

**200 AktivistInnen blockierten in der Nacht auf den 10. Mai das Polizeigebäude im Tiroler Hall. Die Polizei ließ den Mann daraufhin kurzfristig frei. Danach wäre die Bezirkshauptmannschaft gefragt gewesen, der Gambier spricht bestens Deutsch und hatte eine Jobzusage. Er wurde abgeschoben.**

## Bundesländer endlich einsparen

Kärnten ist ungefähr so pleite wie Griechenland. Das hat der Rechnungshof zwar nicht so formuliert, aber zwischen Insolvenz und Insolvenz besteht kein Unterschied. Interessanter als die Frage, ob die FPÖ hier auch das Solidarprinzip ablehnt, ist jene, wann Österreich endlich seine Landeskaiser abschafft?

## Politik bestimmt, wer heiratet

**Seit Jahresbeginn schreibt in der Schweiz die Politik vor, wer geheiratet werden darf. Menschen, die über kein Bleiberecht verfügen, gehören nicht dazu. Sogenannte Scheinehen sollen so verhindert werden. VerfassungsjuristInnen halten das mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht für vereinbar.**



Heirat: Beim Staat um Erlaubnis fragen?





## SCHUBHAFTBETREUUNG

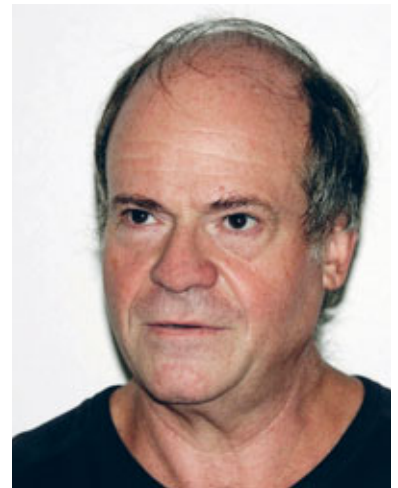
# Der Platzhirsch

Der „Verein Menschenrechte Österreich“ ist der Platzhirsch unter den Schubhaftbetreuungen. Bei NGOs ist der Verein umstritten, etwa weil er nur Rückkehrbetreuung, aber keine Rechtsberatung anbietet. Im Innenministerium spricht man von einem loyalen Partner mit den besten Konzepten.

TEXT: EVA BACHINGER

**D**er 17-jährige David Yao G. sollte eigentlich längst wieder in Côte d'Ivoire sein – oder zumindest nicht in Österreich. Er war einer von jenen Abertausenden jungen Menschen, die jährlich ihr Leben riskieren, um auf seeuntauglichen Booten aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Da er über Ungarn nach Österreich eingereist war, kam er in sogenannte Rückführungshaft und wurde in Schubhaft genommen. Ungarn hatte bereits im Oktober 2010 Wiederaufnahme signalisiert. Die Behörden hatten sechs Monate Zeit, um den Minderjährigen abzuschieben. Doch sie überzogen um ein Monat und die Rückführung wäre nicht mehr rechtens gewesen. Tim Auserhuber vom MigrantInnenverein St. Marx ist dieser Fehler aufgefallen, und so musste der junge Mann aus der Schubhaft entlassen werden. Was eigentlich in einem Rechtsstaat üblich sein sollte, war eher Glückssache: Denn nicht alle HelferInnen, die noch Zugang zur Schubhaft haben, bieten den Flüchtlingen Rechtsberatung an.

Foto: Helmut Fohringer / OIS



Kritik an Österreichs Schubhaftsystem: Manfred Nowak (Boltzmann-Institut), Christoph Pinter (UNHCR), Michael Genner (Asyl in Not).

Der Platzhirsch in der Schubhaftbetreuung ist seit einigen Jahren der „Verein Menschenrechte Österreich“ (VMÖ). Die NGO-Szene ist auf dessen Leiter Günter Ecker nicht gut zu sprechen: Er sei nur ein verlängerter Arm des Innenministeriums und falle durch Kritiklosigkeit und Intransparenz auf. Im Menschenrechtsbeirat, der das Ressort kontrolliert, sei er fehl am Platz. „Der VMÖ ist eine abhängige Dienstleistungsagentur, keine NGO“, so Amnesty-Chef Heinz Patzelt. Doch derartige Kritik perlt an Ecker völlig ab. Er meint, dass öffentliche bzw. mediale Kritik von NGOs an ihm und seinem Verein immer dann aufkommen würde, wenn es um das Buhlen um Fördergelder gehe.

Im Innenministerium versteht man die Kritik der NGOs ebenfalls nicht: „Der VMÖ steht dem Ministerium nicht nahe. Bei der Vergabe ist aber natürlich wichtig, wie die Abrechnung erfolgt, wie gearbeitet wird, wie loyal man ist. Wir vergeben an den, der die besseren Konzepte hat und das Ressort nicht bei jeder Gelegenheit öffentlich kritisiert“, betont Rudolf Gollia, Sprecher des Ressorts.

Dass Eckers Verein fast zu 100 Prozent vom Innenministerium mit mehr als einer Million Euro jährlich gefördert wird, ist jedenfalls kein Alleinstellungsmerkmal: Der Verein Neustart, der Haftentlassenen Hilfe anbietet, arbeitet beispielsweise ebenfalls im direkten Auftrag eines Ministeriums. Sucht man aber nach öffentlich einsehbaren Tätigkeitsberichten, nach kritischen Worten von Ecker in Richtung Auftraggeber oder Kritik an Missständen in der Schubhaft, wird man nicht fündig werden. Er brauche die-

se Art der „Selbstdarstellung“ nicht, wie er im Interview mit MO betont: „Unsere Linie ist es, in dieser Hinsicht keine Öffentlichkeitsarbeit zu machen und unsere Wahrnehmungen nicht in die Medien zu tragen. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht.“ In anderer Funktion war das noch anders: Im Jahr 2000 beanstandete Ecker – damals noch als Chef von SOS Menschenrechte Österreich – sehr wohl, dass „noch immer zu viele Minderjährige in Schubhaft“ seien.

### Verdrängung von Caritas und Co

Bereits 2003 entzog das Innenministerium Caritas und Volkshilfe in Wien die Schubhaftbetreuung und übertrug sie Ecker. 2004

### Novelle zur Rechtsberatung erfolgt auf „ganz schlechte Art“, fürchtet Manfred Nowak.

konnte er die Rückkehrberatung im Erstaufnahmезentrum Thalham (OÖ) aufstocken. Die Zuwendungen sind seitdem stetig gestiegen, während andere Hilfsorganisationen von einer Zunahme der Fördermittel nur träumen können. 2006 übernimmt der „Verein Menschenrechte Österreich“ auch die Schubhaftbetreuung in Innsbruck, 2007 folgt Niederösterreich. 2009 erfahren Diakonie, Volkshilfe und Caritas, dass es keine Förderungen mehr für Beratung in der Schubhaft über Rechtsmittel gegen Asylbescheide gibt. Derzeit hat nur noch die Caritas in Vorarlberg und in der Steiermark die Betreuung über, seit Kurzem auch wieder in Oberösterreich. In Vorarlberg musste die Caritas

um einen Ausfall der Förderung bangen und nun eine Kürzung der Mittel hinnehmen. In allen anderen Bundesländern agiert Günter Ecker und sein Verein. Wie er das tut, ist für den Menschenrechtsexperten Manfred Nowak problematisch. „Der VMÖ bietet nur Rückkehrberatung, aber keine Rechtsberatung. Das widerspricht aber der EU-Rückführungs-Richtlinie“, betont der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für Folter. Das Gesetz wurde deshalb auch dahingehend novelliert, dass ab Herbst 2011 Rechtsberatung verpflichtend angeboten werden muss. Aber Nowak – auch Kommissions-Leiter im Menschenrechtsbeirat –, beklagt, dass das auf „eine ganz schlechte Art und Weise“ passieren werde: Nicht unabhängige RechtsanwältInnen, sondern amtliche RechtsberaterInnen sollen diese Aufgabe übernehmen. „Die kostenlose Rechtsberatung ab Oktober 2011 ist sicher ein Fortschritt, es geht aber auch um die Qualität der Beratung selbst“, zeigt sich auch Christoph Pinter, Leiter der Rechtsabteilung des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR), skeptisch. Michael Genner von „Asyl in Not“ kritisiert, dass der VMÖ laut Vertrag mit dem Innenressort nur Rückkehrberatung anbietet, nicht aber Beratung darüber, ob es noch Berufungsmöglichkeiten gegen negative Asylbescheide gibt oder andere Möglichkeiten, legal in Österreich zu bleiben. Nun sind viele Flüchtlinge in Schubhaft Personen mit einem rechtskräftigen, negativen Asylbescheid, im vergangenen Jahr saßen laut UNHCR aber auch mehr als 1.000 AsylwerberInnen mit einem anhängigen Verfahren in Schubhaft. Unabhängig davon, ob lang-

wierige Asylverfahren immer sinnvoll sind oder nicht: In einem Rechtsstaat muss es für jeden Menschen die Möglichkeit zur Ergreifung von Rechtsmitteln geben. „Der Verein Menschenrechte händigt den Asylwerbern lediglich eine Liste von Anwälten mit Telefonnummern aus. Davon macht dann aber kaum jemand Gebrauch, denn Rechtsanwältinnen müssen für ihre Dienste normalerweise bezahlt werden, und es besteht hier natürlich eine starke sprachliche Barriere, einen Rechtsanwalt von der Schubhaft heraus anzurufen. De facto sind Menschen in der Schubhaft von Rechtsberatung abgeschnitten“, meint Christoph Pinter.

### Keine Kinder in Schubhaft?

2001 saßen noch 17.306 Menschen in Schubhaft, seit 2004 sind es jährlich immer weniger als 10.000 Menschen. Laut Innenministerium waren im Jahr 2009 5.996 Menschen in Schubhaft. Die durchschnittliche Anhaltedauer liegt bei 20 bis 30 Tagen. „Das klingt nicht so viel, aber jeder Tag in Schubhaft ist ein Tag zu viel. Zudem sind wir immer wieder auch mit Personen konfrontiert, die sechs Monate in Schubhaft angehalten werden“, betont Pinter.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk steht der Schubhaft für AsylwerberInnen generell ablehnend gegenüber. „Menschen finden sich in Haft wieder, ohne je etwas angestellt zu haben, außer illegal eingereist zu sein. Das

entspricht aber lediglich einer Verwaltungsübertretung. Zudem ist Schubhaft nicht dazu da, jemanden zu bestrafen, sondern zur Sicherung der Ausweisung.“ UNHCR-MitarbeiterInnen besuchen Betroffene in der Schubhaft. Bei den Befragungen stelle sich immer wieder heraus, dass die Flüchtlinge „überhaupt keine Ahnung“ über ihre Situation haben, erklärt Pinter. Günter Ecker glaubt hingegen, dass die UNO den Flüchtlingen auf den Leim gehe: „Schubhäftlinge versuchen, sich Besuchern – vor allem Menschenrechtsexperten – gegenüber als möglichst hilfsbedürftig darzustellen, auch

### „Schubhaft sollte zumindest den Standards der Strafhafte entsprechen.“ Christoph Pinter

indem sie vorgeben, sie wären nicht informiert. Die Schubhäftlinge nützen da etwas aus ... so wie das Kindchenschema, dass sie sich klein und hilfsbedürftig machen, um beim Gegenüber eine Hilfsbereitschaft zu mobilisieren.“

Die Politik betreibt bei dem Thema zum Teil Realitätsverweigerung: „Es gibt keine Kinder in der Schubhaft“, donnerte der SPÖ-Abgeordnete Otto Pendl Ende April vom Rednerpult im Parlament. Die Grüne Alev Korun hatte bei der Debatte um das neue Fremdenrecht der Regierung erneut vorgeworfen, auch

Kinder und Jugendliche in Schubhaft zu nehmen. ExpertInnen können über Pendls Äußerung nur den Kopf schütteln: Es seien nach wie vor zu viele Menschen in der Schubhaft und zu lange, betont Nowak. „Auch Kinder sind in der Schubhaft. Das Kardinal-König-Haus, wo nun Familien untergebracht werden, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich trotzdem um Haft handelt“. Abgesehen davon, dass Minderjährige in Haft kommen, wird immer wieder auch die medizinische Versorgung kritisiert. Und der Menschenrechtsbeirat machte bei der Präsentation des Jahresberichts 2010 darauf aufmerksam, dass es Strafhäftlingen in Österreich in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten besser gehe als Schubhäftlingen. Wochenlang würden sie nur herumsitzen können. Auch Simone Strehle von der Caritas Vorarlberg fordert, dass die Schubhaft zumindest den Standards der Strafhafte entsprechen sollten. „Einen Ausbau der sozialen Betreuung der Menschen in Haft und eine ausreichende personelle Besetzung und Unterstützung des Wachpersonals halten wir für geboten.“

Schubhaft und Abschiebungen kosten dem Staat übrigens gar nicht so wenig: Pro Person müssen für einen Charterflug laut Innenministerium 1.498 Euro hingebältert werden. Ein Tag in Schubhaft beläuft sich auf 100 bis 120 Euro. Sechs Monate Schubhaft ergeben rund 20.000 Euro pro Person.



Neues Schubhaftzentrum in Vordernberg. Für 20 Mio. Euro wurde der Bau errichtet.

## SCHUBHAFTBETREUUNG

# „Sind nur ein kleines Rädchen“

Günter Ecker, Geschäftsführer vom „Verein Menschenrechte Österreich“, über seine Rolle als Partner des Innenministeriums bei der Schubhaftbetreuung.

INTERVIEW: NIKO KATSIVELARIS, FOTO: KARIN WASNER

**Obwohl Ihr Verein die „Menschenrechte“ in seinem Namen führt, sind weder Sie noch Ihre MitarbeiterInnen bei Treffen mit anderen NGOs und externen Schulungen anzutreffen. Warum ist das so?**

Wir sind offensichtlich unerwünscht. Einerseits, weil die anderen NGOs Konkurrenten um Fördergelder sind, andererseits auch aufgrund meiner inhaltlichen Positionierung. Im Gegensatz zu den anderen NGOs bin ich der Meinung, dass man sich mit der Kriminalität von Asylwerbern auseinandersetzen muss. So nützen etwa Gruppen von Georgiern, Moldawiern oder Nigerianern den Abschiebeschutz während des Asylverfahrens für kriminelle Aktivitäten aus. Die Mainstream-Erklärung im NGO-Sektor ist ja, dass manche Asylwerber, weil sie in Österreich so schlechte Lebensbedingungen vorfinden, in die Straffälligkeit gedrängt werden.

**Das ist auch eine Tatsache ...**

... die ich vehement bestreite.

**Wer finanziert den VMÖ?**

Das Innenministerium, das Justizministerium, der Europäische Rückkehrfonds, der Europäische Flüchtlingsfonds, Landesregierungen und SpenderInnen. Wie viel Prozent genau aus welchem Topf kommen, kann und will ich Ihnen nicht sagen. Dazu gibt es ohnehin parlamentarische Anfragen. Der Anteil von Spenden ist wahrscheinlich unter 5 Prozent.

**Wie viele MitarbeiterInnen hat der VMÖ und was ist ihre Qualifikation?**

Es sind knapp an die 50 MitarbeiterInnen und mehrere Zivildienstler. Eine zentrale Qualifikation sind die Fremdsprachenkenntnisse. Ich habe nichts von einem ausgebildeten Sozialarbeiter, der keine der notwendigen Sprachen beherrscht. Und die Anstellung von DolmetscherInnen ist zu teuer.

**Zu den Aufgaben des VMÖ in der Schubhaft gehört die rechtliche Aufklärung der InsassInnen über ihren Verfahrensstand – noch dazu in einer sehr heiklen Situation. Wo lernen das Ihre MitarbeiterInnen?**

Beim Betreuungspersonal in der Schubhaft kann man – anders als bei Rechtsberatern – die notwendigen rechtlichen Kenntnisse nicht voraussetzen. Deswegen gibt es hier eine Einschulung und interne Fortbildungen.

**Trotzdem gibt es die Kritik, dass MitarbeiterInnen des VMÖ – auch aus eigener Unwissenheit – InsassInnen falsche Informationen über den Verfahrensstand und**

**Die Schubhäftlinge nützen da etwas aus – so wie das Kindchenschema.**

**auch über die Dauer der Schubhaft geben würden.**

Der VMÖ betreut 5.000 Schubhäftlinge im Jahr. Ich kann nicht ausschließen, dass es in Einzelfällen zu Fehlinformationen kommt. Jedem konkreten Hinweis gehe ich jedoch sofort nach. Doch manche Schubhäftlinge hören auch nur, was sie hören wollen. Erzählt wird viel.

**Gibt es öffentlich einsehbare Berichte über die Tätigkeit des VMÖ?**

Die Berichte des VMÖ gehen an die Auftraggeber, also an das BMI und die EU. Öffentlich einsehbar wären diese Berichte nur, wenn die Auftraggeber sie veröffentlichen würden.

**Der VMÖ hat viele KritikerInnen. Dazu gehören neben AI renommierte Juristen wie Georg Bürstmayr oder Wilfried Embacher. Wie stehen Sie zu deren Kritik?**

Naja. Die österreichische Menschenrechtsszene ist klein. Es gibt hier keine isolierten

Inseln. So gehören oder gehörten etwa Bürstmayr und Embacher zum „Netzwerk AsylAnwalt“, das von der Caritas – unser Hauptkonkurrent um Aufträge vom BMI – koordiniert wird.

**Wie stehen Sie zu Embachers Aussage im „profil“ 2007, der VMÖ mache „die Drecksarbeit des Innenministeriums“?**

Das will ich nicht kommentieren.

**Wie sehen Sie die Kritik des UNHCR, die vom VMÖ betreuten Schubhäftlinge seien über ihre Situation und den Stand ihres Verfahrens nicht ausreichend informiert?**

Schubhäftlinge versuchen, sich Besuchern – vor allem Menschenrechtsexperten – gegenüber als möglichst hilfsbedürftig darzustellen, auch indem sie vorgeben, sie wären nicht informiert.

**Sie meinen, die Schubhäftlinge würden dem UNHCR nicht die Wahrheit sagen?**

Die Schubhäftlinge nützen da etwas aus – so wie das Kindchenschema, dass sie sich klein und hilfsbedürftig machen, um beim Gegenüber eine Hilfsbereitschaft zu mobilisieren.

**Sind Schubhäftlinge nicht „klein“ und hilfsbedürftig?**

Ja, aber wenn ein Schubhäftling sagt, er sei ohnehin informiert und im Klaren über seine Situation, dann wird ihm diese Person nicht helfen, da sie ja den Eindruck bekommt, um diese Person kümmert sich schon jemand.

**Die EU-Rückführungsrichtlinie 2008, deren gesetzliche Umsetzung gerade in Begutachtung ist, sieht vor, dass spätestens ab Ende 2011 kostenlose Rechtsberatung in der Schubhaft angeboten werden muss. Könnte der VMÖ diese Aufgabe übernehmen?**

Ja, warum nicht?



Unsere Linie ist es, in Hinsicht auf Mißhandlungsvorwürfe keine Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

**Warum hat gerade der VMÖ im Herbst 2010 vom BMI den Auftrag zur Rechtsberatung frei Fuß bekommen, obwohl Sie überhaupt keine Erfahrung damit hatten?**

Der VMÖ wurde nicht „frei Fuß“, sondern im Rahmen einer Ausschreibung des Europäischen Flüchtlingsfonds ausgewählt. Mit Rechtsberatung hatten wir noch keine Erfahrung, jedoch mit sehr nahen Bereichen.

**Öffentliche Kritik am BMI und am österreichischen Asylwesen wird man vom VMÖ nie hören. Dabei berichten Menschen, die in Schubhaft waren, von Beschimpfungen durch Beamte, von Schikanen und körperlicher Gewalt.**

Misshandlungsvorwürfe von Schubhäftlingen werden vom VMÖ an die entsprechenden Polizeidienststellen zur näheren Untersuchung weitervermittelt.

**Müssen Sie das nicht öffentlich kritisieren, wenn Sie wissen, dass es in der Schubhaft zu Polizeigewalt kommt?**

Natürlich kämen wir mit Misshandlungsvorwürfen regelmäßig in die Medien. Doch wir brauchen diese Selbstdarstellung nicht. Dieses Recht, nicht öffentlich zu agieren, muss man uns zugestehen.

**Öffentliche Kritik an der Exekutive ist doch in einer Demokratie zentral und nicht bloß Selbstdarstellung?**

Unsere Linie ist es, in dieser Hinsicht keine Öffentlichkeitsarbeit zu machen und unsere Wahrnehmungen nicht in die Medien zu tragen. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht.

**Wie stehen Sie zu Abschiebungen nach Griechenland im Rahmen des Dublin-II-Verfahrens, die von Manfred Nowak scharf kritisiert wurden? Sehen Sie beim VMÖ eine Verantwortung?**

Der VMÖ ist hier nur ein kleines Rädchen. Für Entscheidungen der Behörden sind wir nicht zuständig, ebenso wenig wie für eine Rechtsvertretung in der Schubhaft – aus dem einfachen Grund, weil das derzeit nicht Teil unseres Vertrags mit dem BMI ist. Wenn jemand vor einer Überstellung nach Griechenland steht, was aber in den letzten Monaten nicht der Fall war, dann sehen wir diese Personen in der Schubhaft in der Regel erst beim Kontaktgespräch, wo nur mehr die konkreten Modalitäten der Überstellung erläutert werden.

**Menschen treten in Schubhaft immer wieder in Hungerstreik. Warum tun sie das?**

Der Hungerstreik hat nichts mit den Haftbedingungen selbst zu tun, sondern mit dem grundsätzlichen Ziel, als haftunfähig entlassen zu werden. Der VMÖ hat dazu Erhebungen unter Hungerstreikenden durchgeführt.

**Sind diese Erhebungen öffentlich einsehbar?**

Nein. Wir haben diese Erhebungen gemacht, um zu wissen, wie ein Hungerstreik abläuft, wie lange er dauert, wie einzelne Gruppierungen damit beginnen, etc.

**Wer tritt in Hungerstreik?**

Die Medien vermitteln den Eindruck, in der Schubhaft gäbe es nur Minderjährige und schwangere Frauen. In Wirklichkeit hat ein Drittel bis zur Hälfte der Schubhäftlinge ein strafrechtliches Vorleben. Das sind clevere Leute, die zwar gerne den Eindruck erwecken, hilfsbedürftig zu sein, aber ihre eigenen Strategien haben, ein Leben in der Illegalität in Österreich zu bewältigen – dazu gehört auch der Hungerstreik. Wer infolge eines Hungerstreiks haftunfähig aus der Schubhaft entlassen wird, gilt als „role model“ für die anderen. Da gibt es etwa typische Muster für Leute aus den Maghreb-Staaten.

**Am 14. September 2009 ist der 32-jährige Inder Gagandeep Singh im Polizeianhaltzentrum Wien Hernalds nach sechs Wochen Hungerstreik verstorben. Eine VMÖ-Mitarbeiterin hatte ihn während des Hungerstreiks sieben Mal besucht und „nichts bemerkt“. Wie geht das?**

Mir ist bis heute nicht bekannt, dass Herr Singh in der Schubhaft an etwas verstorben wäre, was man mit freien Augen hätte sehen können. Soweit ich informiert bin, ist er an einem Herzinfarkt verstorben.

**Es ist doch anzunehmen, dass es im Zuge eines Hungerstreiks zu gesundheitlichen Problemen kommt.**

Die Dauer eines Hungerstreiks ist irrelevant, wenn jemand nur behauptet, er sei nun im Hungerstreik. Entscheidend ist, ob er isst und trinkt, ob er nur etwas trinkt oder weder isst noch trinkt. Und dann hängt es davon ab, welche Grundkonstitution jemand hat. Glücklicherweise haben sich die Standards in der medizinischen Betreuung deutlich verbessert.

**Gehen Sie davon aus, dass die medizinischen Kontrollen einwandfrei waren?**

Ich gehe davon aus, dass die medizinischen Kontrollen durchgeführt wurden. Wir sind nicht der polizeiärztliche Dienst. Es war auf jeden Fall für die Betreuerin nicht erkennbar, dass es hier ein medizinisches Problem gibt.



### TRANSNATIONALE VERNETZUNG

## Ein Global Passport für alle

Mauretanien verdient gut daran, im Auftrag Europas Flüchtlinge in Lkws durch die Sahara zurückzuarbeiten. Nicht alle überleben das. Im Jänner folgte eine bunte Bus-Karawane vom World Social Forum quer durch Westafrika diesen Spuren.

REPORTAGE & FOTOS: CORINNA MILBORN

**M**ali, an der Grenze zu Mauretanien. „Global Passport“ steht auf dem Dokument, das Sékou dem Beamten im Tarnanzug vors Gesicht hält. Und auf der Rückseite: „Dieses Dokument berechtigt den Inhaber, frei zu wählen, wo er sich niederlassen will, und sich frei zu bewegen.“ Das Dokument ist nur ein weinroter Zettel mit goldener Schrift; dünnes Papier, das im Sandsturm flattert. Für Sékou ist

es eine Vision: Er ist schon an vielen Grenzen gescheitert, weil er die falschen Papiere hatte. Mit 17 Jahren machte er sich aus Kamerun auf den Weg nach Europa. Vier Mal hat er die Sahara durchquert, einmal schaffte er es für wenige Tage nach Marseille. In den sechs Jahren seit seinem Aufbruch wurde er insgesamt elf Mal abgeschoben. Jetzt steht er mit dem Global Passport in der Hand an einer schmalen Straße im Sahel,

rundherum staubtrockene Buschwüste vor einem wackeligen Grenzbalken: hier Mali, dort Mauretanien. Im Schatten der Grenzbaracke dösen Polizisten hinter ihren dunklen Sonnenbrillen und bemühen sich, die spontane Kundgebung von 200 AktivistInnen der Bus-Karawane Bamako-Dakar zu ignorieren. „Solidarité – avec les refoulés!“ wird skandiert: Solidarität mit den Abgeschobenen! „Frontex abschaffen“, steht auf





Global Passport als politische Vision. Wer aus Europa kommt, darf weltweit reisen, wer aus Afrika kommt, nicht.

dem großen Transparent. Es ist ein bunter Haufen von AktivistInnen aus Mali, Kamerun, Senegal, dazwischen Deutsche, ÖsterreicherInnen und eine lautstarke Abordnung der Sans Papiers aus Frankreich in leuchtend blauen T-Shirts.

### EU-Schild im Nirgendwo

Dieser staubige Grenzposten mit seinen drei, vier niedrigen Baracken mitten im Sand ist ein symbolträchtiger Ort. Seit 2007 kommen hier Transporte mit abgeschobenen Flüchtlingen an, die auf dem Weg über Mauretanien auf die Kanarischen Inseln von den spanischen Grenzbehörden oder den Frontex-Schiffen aufgehalten und in das berüchtigte Aufnahmelager nahe der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott gebracht wurden. Die EU zahlt und organisiert die Rücktransporte der Unerwünschten, die an den vorgelagerten Mauern der Festung Europa gescheitert sind und so weit wie möglich nach Afrika zurückgeschoben werden

– meist, um gleich wieder aufzubrechen. Mali ist ein Transit-Land, aber auch selbst ein Auswanderungsland: Ein Viertel der Bevölkerung – vier Millionen MalierInnen – lebt im Ausland, 120.000 davon in Europa. Die Geldsendungen der MigrantInnen machen den größten Posten im Brutto-Inlands-

### Dakar 2011: Der erste Versuch, Aktivitäten gegen Europas Grenzen über diese hinaus zu vernetzen.

produkt aus. Migration ist hier Teil des Lebens – und jemanden in der Familie oder im Freundeskreis zu haben, der am Weg in die Emigration verschwunden ist, ist für fast jeden schmerzhaft. Die EU hat in Form eines Schildes im Niemandsland vor dem Grenzbalken eine zynische Antwort gefunden: „Illegale Migration – eine Gefahr für die Bevölkerung“ steht darauf, verziert

mit den gelben Sternen auf blauem Grund. „Finanziert von der Europäischen Union.“ Die gottverlassene Grenze zu Mauretanien ist der abgelegenste Stopp dieser bunten Bus-Karawane quer durch Westafrika zum Weltsozialforum, die AktivistInnen für Bewegungsfreiheit aus Europa und Afrika zusammenbringt. „Die Idee entstand 2009 auf dem ‚No Border‘-Camp in Lesbos“, erzählt Olaf Bernau von der AktivistInnengruppe „No Lager“ Bremen. Bernau ist auch Mitbegründer des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact, das die Karawane organisiert. „Bislang endete der Arbeitshorizont europäischer Antirassismus-Gruppen oft mit dem Tag der Abschiebung. Auf Lesbos haben sich die antirassistischen Gruppen Europas mit VertreterInnen der Abgeschobenen aus Afrika intensiv ausgetauscht, die Grenze von zwei Seiten beleuchtet. Ousmane Diarra und Alasanne Dicko von der Vereinigung abgeschobener Malier haben dann die Karawane zum Weltsozialforum in



Die Karawane unterwegs: Bunte Bus-Gemeinschaften vernetzen sich auf der langen Reise jetzt erst richtig.

Dakar 2011 vorgeschlagen.“ Es ist der erste, ambitionierte Versuch, die Aktivitäten gegen Europas Grenzen über eben diese Grenzen hinweg zu vernetzen. Der Aktivist Dieter Behr aus Wien erklärt dazu: „Wir wollen die internationalistischen Bewegungen der 1970er Jahre weiterentwickeln, ohne deren Fehler zu wiederholen. Das heißt: eine transnationale Bewegung, von unten organisiert, ohne Projektionen oder Helferattitüden – also etwas Neues.“ Behr, der sich sonst mit den Arbeitsbedingungen afrikanischer MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft beschäftigt, ergänzt: „Es geht uns um eine Begegnung auf Augenhöhe.“

### Auf Augenhöhe

Eine Begegnung auf Augenhöhe herzustellen, klingt gut, ist aber eine Herausforderung. Die Ungerechtigkeit, die Afrika von Europa trennt, zieht sich auch durch die Gruppe der AktivistInnen, die schließlich Ende Januar 2011 tatsächlich von Bamako nach Dakar aufbrechen. Die einen kom-

men mit roten EU-Pässen und halbwegs gesicherten Einkommen – frei zu reisen und frei, wieder nach Hause zu fahren. Die anderen stecken in Mali fest, abgewiesen und zurückgeschoben, ohne Einkommen, das ein Bleiben ermöglicht, und ohne Recht zu gehen. Schon am Flughafen Paris, als die erste Gruppe der EuropäerInnen nach Bamako fliegen will, schlägt ihnen die harte Realität der Grenzen ins Gesicht: Im Flugzeug befindet sich ein Schubhäftling, verzweifelt wehrt er sich gegen seine Abschiebung. Die AktivistInnen und weitere Fluggäste können den Abflug verhindern. Die AktivistInnen werden festgehalten, einer schwer verletzt, und können erst am nächsten Tag ihre Reise fortsetzen – und der Afrikaner muss es. Die ersten Tage in Mali drehen sich daraufhin um das Abschiebe-Thema: Sechs Malier waren in dieser Woche aus Frankreich abgeschoben worden. Die Karawanen-Mitglieder demonstrieren vor der französischen Botschaft, werden von der Polizei mit Tränengas vertrieben. „Warum dürft ihr reisen und wir

nicht?“, schleudert eine Afrikanerin einem Europäer ins Gesicht. „Wir atmen dieselbe Luft. Wir trinken beide Wasser und müssen beide essen. Warum haben wir nicht dieselben Rechte wie ihr?“ Dafür kämpfen wir doch, sagt der Europäer, deshalb sind wir hier. Sein Unbehagen ist geradezu körperlich spürbar: Die Ohnmacht eines Linken, der realisiert, dass er auf der Gewinner-Seite des verhassten globalen Ungleichgewichts steht – und dieser Ungerechtigkeit nur ein Transparent entgegenhalten kann.

Noch deutlicher erleben das jene europäischen TeilnehmerInnen, die in Bamako bei der ARACEM untergebracht sind. Der Verein kümmert sich um AfrikanerInnen aus anderen Ländern, die aus Libyen und Algerien abgeschoben und an der Grenze zu Mali ihrem Schicksal überlassen werden. Jede Woche werden Hunderte AfrikanerInnen vom libyschen und algerischen Militär abgeschoben und an der Grenze, mitten in der Wüste, ausgesetzt. Einmal pro Woche holt das Rote Kreuz die Bedürftigsten aus



Eine zynische Antwort der EU für Alle, deren Angehörige am Weg in die Emigration verschwunden sind: „Illegale Migration – eine Gefahr für die Bevölkerung.“

der Wüste, die anderen schlagen sich alleine nach Bamako durch. Sie kommen hungrig, krank und schwer traumatisiert an. „Sie haben uns in Lastwagen gesteckt, die wie Käfige vergittert waren, und den ganzen Weg von der Küste weg durch die Wüste alleingelassen“, erzählt ein Mann aus Kamerun, der eben angekommen ist. „Die Schwächeren, die Kinder und die Frauen überleben das nicht. In unserem Transport waren 300 Personen. 45 waren tot, als wir an der Grenze angekommen sind.“ Andere erzählen von Schlägen, von tödlichen Gefängnissen und wahren Massakern an afrikanischen MigrantInnen in der Wüste – ausgeführt vom algerischen Militär, bestellt von der EU, die ihren Grenzschutz an die nordafrikanischen Transitstaaten auslagert. „Ich habe so viele Tote gesehen, dass ich sie gar nicht zählen kann“, sagt Mike aus Nigeria. Er ist seit zehn Jahren auf dem Weg nach Europa. 115 Mal wurde er schon abgeschoben – aus Marokko, Tunesien, Libyen, Algerien, Mauretanien. Europa hat er noch nie erreicht. Er hat kein Geld

für eine Heimreise, keines für einen Neuersuch durch die Wüste und landete bei der ARACEM in Bamako. Die bietet drei Tage Essen und medizinische Erstversorgung, ein Dach über dem Kopf für die besonders Bedürftigen, ein paar Moskitonetze für die, die auf der Straße schlafen müssen. Das Essen ist vor einer Woche ausgegangen, die Rück-

### Aus der Spenderrolle eine Begegnung auf Augenhöhe zu machen, ist eine Herausforderung.

kehrerInnen aus der Wüste hungern. In diesen permanenten Ausnahmezustand platzen die Gäste der Karawane aus Europa.

#### Karawane findet sich

Wie viel ist politisches Engagement für Bewegungsfreiheit in so einer Situation wert – und wann muss man einfach konkret helfen, Schlafplätze, Essen, Kleidung besorgen? Wie

viel davon können die AktivistInnen, meist selbst aus prekären Verhältnissen, überhaupt schaffen? Ist es ungerecht oder legitim, wenn sie denen helfen, die sie zufällig persönlich kennenlernen, und anderen nicht? Fragen, denen man auf dieser Karawane nicht entkommt. Das Grüppchen aus Deutschen und ÖsterreicherInnen, das bei der ARACEM untergebracht ist, hilft sich pragmatisch aus dem Dilemma: Sie kaufen Essen für alle ein. So ist zumindest für die Tage ihrer Anwesenheit beantwortet, wozu diese denn gut sei. Aus der Spenderrolle wieder die Begegnung auf Augenhöhe zu machen, ist freilich eine Herausforderung.

Sich dieser zu stellen, ist weniger schwer als gedacht: Das Problem löst sich im gemeinsamen Aktivismus nach und nach auf. In den ersten Tagen ist die Linie zwischen dem „wir“ und dem „ihr“ noch klar von der Herkunft geprägt. Die ersten basisdemokratischen Versammlungen, abgehalten unter einem Zelt auf einem leeren Platz aus rotem Staub in Bamako, sind zum Schreien



14.000 Namen von Opfern der europäischen Grenzpolitik auf einem 14 Meter langen Band. In Europa ein Versuch, um auf Demos aufzurütteln; im Sahel ist die Betroffenheit schon da. Fast jede Familie beklagt Tote.

komisch – wenn auch nur für BeobachterInnen mit Liebe zum Klischee. Ein Afrikaner erklärt wortreich den Rohstoffraub durch die EU, stellt dem Plenum drei drängelnde Fragen und verschwindet nonchalant, bevor noch jemand antworten konnte. Die verzweifelt ordnungsliebende Deutsche fragt in das Geschnatter: „Gibt es denn noch eine Moderation? Und wenn ja, wer ist das?“ Ein Kameruner will wissen, ob sie zu Hause nicht eine Freundin hat, die ihn heiraten würde. Ein französischer Anarcho skandiert: „Demo! Demo! Wir wollen marschieren!“ Die Karawane sucht sich lange und findet sich langsam.

Später beginnt die Reise in den Bussen an die mauretanische Grenze. 200 AktivistInnen mit Transparenten, Rucksäcken, Matratzen und Moskitonetzen sammeln sich an der Straße. Aufgeregt wie Pfadfinder vor dem Sommerlager quetschen sie sich in alte Reisebusse. Um 8.00 Uhr früh soll es losgehen. Fünf Stunden später fährt der erste Bus los. Die Karawane ist gestartet. In den zusammengewürfelten Bus-Gemeinschaften beginnt die Vernetzung erst so richtig. Die afrikanischen Gruppen sind unglaublich vielfältig: Frauengruppen, RückkehrerInnen von der Elfenbeinküste, Abgeschobene aus Europa, Wohnprojekte für Jugendliche, ProduzentInnen fairer Baumwolle. Alle haben mit Migration zu tun und fordern Bewegungsfreiheit – aber sie wollen vor allem die Möglichkeit, zu Hause ein würdevolles Leben führen zu können. Es wird getrommelt, gesungen, gelacht – und bei jeder der

unvermeidlichen Pannen, bei jedem spontanen Konzert am Straßenrand, weil wieder ein Reifen geplatzt ist, mischt sich die Gruppe mehr. Als in Niore du Sahel, einer verlorenen Stadt am Rande der Wüste, ein Konflikt ausbricht, haben sich die Fronten verschoben, die Kategorie Herkunft ist überwunden, nun zählen politische Ansätze von pragmatisch bis linksradikal.

Am nächsten Tag findet ein Trauermarsch für die Toten der Festung Europa statt. Die Gruppe aus Bremen hat ein 14 Meter langes

### Die Kategorie Herkunft ist überwunden. Nun zählen politische Ansätze.

Band mitgebracht mit den Namen und Todesursachen von über 14.000 Toten der europäischen Grenzpolitik. Bei den Kundgebungen in Europa ist das ein effektvolles Mittel, um zu visualisieren, was an den Grenzen los ist. Es soll Betroffenheit wecken. Im Sahel ist die Betroffenheit schon da. Die Toten an der Grenze sind NachbarInnen, Familienmitglieder. Immer wieder sammeln sich bestürzte PassantInnen um das Band, studieren Namen, Daten, Herkunftsländer. „Mein Bruder steht nicht darauf! Helft mir suchen, er muss doch draufstehen!“, sagt ein junger Mann. „Ich war in einem Boot mit 50 Leuten, 12 sind gestorben. Das steht da nicht. Das muss ergänzt werden!“, ein anderer. Eine alte Frau bittet inständig um Hilfe bei der Suche ihres

Sohnes, der vor Jahren Richtung Norden verschwunden ist. Als die deutsche Gruppe für eine Trauerminute Meeresgeräusche einspielt – in Europa eine willkommene Hilfe, sich den Weg der Flüchtlinge vorzustellen –, brechen einige in Tränen aus: „Wir waren selbst auf so einem Boot. Das ist zu viel.“ Es ist ein Schlüsselmoment für manche europäischen AktivistInnen, die gewohnt sind, mit harten Mitteln ein abgestumpftes Publikum aufzurütteln. Zugleich bedanken sich PassantInnen überschwänglich für das Interesse, erzählen die Geschichten ihrer verlorenen Söhne, sind froh, sie jemandem mitteilen zu können.

Die Karawane zieht weiter – zurück nach Bamako, dann nach Westen, in den Senegal. Mit jedem Workshop, Theaterstück, Filmabend, Demozug wachsen Gruppen zusammen. Freundschaften entstehen. 3.700 Buskilometer legt der harte Kern von 100 AktivistInnen zurück. „Es war ein unglaublich spannender Prozess, anstrengend und großartig, voller Widersprüche und voller schillernder Begegnungen“, sagt Dieter Behr aus Wien am Ende. „Der Beginn einer intensiven Vernetzung, wie es sie in diesem Bereich noch nicht gegeben hat.“ Die einen, mit dem roten EU-Pass, fliegen nach Hause – die anderen bleiben. Bande sind geknüpft, die Grenzen verschwommen. Niemand, der dabei war, wird die Situation an der Grenze im Ernstfall in Zukunft nur von einer Seite sehen.

Nur Tage später tritt dieser Ernstfall ein: In Libyen bricht der Bürgerkrieg aus. Hunderttausende Subsahara-AfrikanerInnen fliehen: Nach Tunesien, nach Mali oder, einige wenige, mit dem Schiff nach Europa. Kurze Zeit später löst der Bürgerkrieg in Côte d'Ivoire eine zweite Fluchtbewegung aus, Hunderttausende kommen aus dem Westen an. Die Grenzen von Mali, einem der ärmsten Länder der Welt, bleiben offen. Die AktivistInnen in Bamako haben alle Hände voll zu tun, die Ankommenden notdürftig zu versorgen. Jene in Europa verfolgen das Drama per E-Mail und Telefon, versuchen Ressourcen aufzustellen, sind näher dran als zuvor. Nur auf staatlicher Seite Europas bleiben die Türen verschlossen. Italien rief bereits nach 1.750 Ankünften aus Tunesien den humanitären Notstand aus, Europa hat die Seegrenze geschlossen. Kein einziges europäisches Boot holt Flüchtlinge aus Libyen. Dutzende ertrinken beim Versuch, trotzdem überzusetzen.

*Videomaterial und Möglichkeit zu spenden auf [www.afrique-europe-interact.org](http://www.afrique-europe-interact.org). Hier ist auch die DVD „Denn wir leben von der gleichen Luft“ über die Karawane zu bestellen.*

# MO #23

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

SOS  
MITMENSCH

## GAST-KOMMENTAR:

Hubert Sickinger  
über das System  
Sozialpartnerschaft

**LOBBYISMUS**  
Ein Demokratie-Problem?

**GESETZE BASTELN**  
Lobbyist Andreas Kovar  
im Gespräch

**SCHUBHAFT**  
Wer betreut  
die Flüchtlinge?



Magazin für Menschenrechte 2008, Fotografin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at



WAS KOSTET EIN GESETZ?

# LOBBYISMUS

## ■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

SOS  
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick  
das Richtige tun!  
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

**E-Mail** [abo@momagazin.at](mailto:abo@momagazin.at)

**Post** SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

## NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, FOTO: LEA FRIESSNER



### KLEINE BOSHEITEN

Bei der Familie mit sechs Kindern, die ich hier gehabt hab', wurde festgestellt, dass das Verfahren in Österreich weitergeführt werden soll. Sie sollten also nicht nach Polen abgeschoben werden. Gut, sie sind also wieder in die Grundversorgung gekommen und sollten deshalb nach Traiskirchen fahren. Weil von dort wollte man sie in ein Quartier in die Steiermark bringen. Um sieben Uhr früh sollten sie dort sein, weil der Vater noch kein Lungenröntgen gehabt hat. Das Lungenröntgen ist dort scheinbar um sieben und da muss er eben dort sein. Geht hat er es deshalb noch nicht, weil er in Traiskirchen im Bett gelegen ist, im Hungerstreik. Ich hab' davon erfahren, weil jemand von dort angerufen und gesagt hat, der könnte sterben. Ob wir nicht einen Arzt vorbeischicken können. War auch wieder so ein anonymes Anruf. Jedenfalls habe ich dort angerufen und gefragt, ob wir die Familie nicht schon am Nachmittag davor hinschicken können, damit der Mann auch pünktlich um sieben zu seinem Termin kommt. „Na, auf keinen Fall, die sollen alle um sieben da sein“, ist die Antwort. Ich frage den Mitarbeiter noch, ob er sich nicht vorstellen kann, wie das mit sechs kleinen Kindern ist, in der Früh rauszumüssen – um 5.40 Uhr an der Badener Bahn zu stehen. „Schauen Sie, die sollen da sein und aus!“, war die Reaktion. Gut, die waren also da und dann

kommen sie nicht ins Quartier hinein, weil noch zugesperrt war. Man hat ihnen dann erklärt, um acht Uhr kämen die Beamten und dann können sie auch hinein. So war es dann auch. Die Frau und die Kinder hat man dann in die Steiermark geschickt, nur der Mann musste dableiben, weil er noch kein Lungenröntgen hatte. Der bekommt jetzt also einen neuen Termin und dann kann er nachfahren. So ist es überall, dass jeder seine kleinen Bosheiten rauslässt.

### EIN GROSSER SPORTLER

Ich habe hier einen Mann aus Kamerun, der ist blind. Der sitzt den ganzen Tag nur herum, sieht nichts, es ist entsetzlich. Die anderen, die hier auf einer Matratze schlafen, sind Tschetschenen und können sich mit ihm nur schwer verständlich machen. Der Nigerianer kann kaum Deutsch und die auch nicht. Und was machen diese Trottel? Ich hör' da draußen ein Gebrüll, lachen ihn die aus. Ich sag': „Bitte macht's das nicht, das ist nicht gut!“, und der eine lacht mir ins Gesicht und sagt, er hätte ja nichts gemacht. „Okay“, sag' ich, „pack deinen Kram und geh.“ Ich will nicht, dass die hier zum Raufen anfangen. Wenn's wild wird, geh' ich hinaus und sag' denen meine Meinung. Dem blinden Mann ist jedenfalls ein Platz in einer Betreuungseinrichtung in der Blindengasse versprochen worden. Dann haben sie auf zwei Wochen später verschoben.

Jetzt muss der hier noch 14 Tage auf der Erde schlafen. Er kann nichts allein machen. Wenn er rauf in die Dusche will, muss ihn jemand führen. Wenn er zu den Barmherzigen Brüdern will, muss ihn jemand hinführen. Und dann sekkieren die ihn bei mir auch noch. Er ist jetzt sicherlich schon drei Monate bei mir. Er ist im Verfahren, aber kein Bundesland will ihn haben. Die Blinden in Österreich sind sehr gut geschult. Ich habe in einer Einrichtung blinde Mädchen gehabt, die haben dort selbst gekocht und als Stenotypistinnen im Landesgericht gearbeitet. Am Ende habe ich ihnen eine eigene Gemeindegewohnung vermitteln können. Aber für den Mann aus Kamerun geht das alles nicht mehr. Ich habe dann herumtelefoniert und gesagt, sie sollen schauen, dass er in Wien unterkommt, weil es da noch am ehesten funktioniert. Der Mann ist nicht abschiebbar. Der kommt in Kamerun nicht über den Flugplatz hinaus. Er war erst in der Schweiz und hat dort bei einem Blinden-Fußballverein gespielt. Ich habe gar nicht gewusst, dass es so etwas überhaupt gibt. Jedenfalls bildet er sich ein, er wird noch ein großer Sportler. Die haben ihm aus der Schweiz Sachen hierher geschickt, da hinten zum Beispiel diese Blindenschreibmaschine. In Asylfragen sind die Schweizer sehr schlecht, aber manchmal scheinbar noch besser als wir.

# POPULÄRKULTUR

**BUCH**



## Für eine andere, bessere Welt

Wir schreiben das Jahr 1993, die FPÖ initiiert das Anti-Ausländervolksbegehren „Österreich zuerst“, eine empörte Zivilgesellschaft versammelt sich und veranstaltet das „Lichtermeer“ der 300.000, das auch von der damaligen Regierung wohlwollend unterstützt wird. Ein paar Monate später tritt das neue Aufenthaltsgesetz in Kraft, die SPÖ betreibt „Gesetze statt Hetze“. Dieser eklatante Widerspruch zwischen vermeintlicher Empörung und verschärfter struktureller Diskriminierung innerhalb der regierenden SPÖ wird zu einer entscheidenden persönlichen und politischen Erkenntnis im Denken von Ljubomir Bratić. Auf den nun vorliegenden 230 Seiten des Buches *Politischer Antirassismus*, das Texte aus den vergangenen zehn Jahren versammelt, wird Bratić nicht müde, auf die Rolle des Staates als wesentliche Diskriminierungsinstanz in Bezug auf MigrantInnen zu verweisen. TheoretikerInnen und AktivistInnen wie Bratić verdankt dieses Land

Reflexionen über gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, den nationalen, rassistischen Konsens, die Mehrheitsposition sowie die Frage: Wer spricht? Vor diesem Hintergrund und als Ergebnis von jahrelangen Kämpfen und Diskussionen innerhalb der linken, antirassistischen Szene hat sich das Konzept des politischen Antirassismus entwickelt und etabliert. Darunter ist „eine Arbeit an der Veränderung der Strukturen der Gesellschaft“ zu verstehen. Dass es kein Außerhalb rassistischer Strukturen und Machtverhältnissen gibt, ist eine wesentliche Errungenschaft des Konzepts. Bratić' Texte sind da am stärksten, wo die theoretische Ebene verlassen wird und strukturelle Machtverhältnisse anhand konkreter (historischer) Ereignisse diskutiert und analysiert werden. Das vorliegende Buch versteht sich als Beitrag zur Antirassismuskommunikation in Österreich, aber auch als Anregung „für eine andere, bessere Welt“.

Sollten in der Zukunft die Forderungen nach gleichen Rechten für alle endlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen sein und als Selbstverständlichkeit übernommen werden, hat Ljubomir Bratić dazu Wesentliches beigetragen. *Vida Bakondy*

**Ljubomir Bratić**

Politischer Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen

**Löcker Verlag, 2010**

200 Seiten, 19,80 Euro



Foto: Karin Wasner

## LISTEN 2 X 5 DINGE UND SONST?

Alexander Pollak ist Politologe und Sprecher von SOS Mitmensch.

### 5 Sager, auf die ich jederzeit gerne verzichte:

- 1 Ihr seids ja sooo naiv.
- 2 Die Frau Abgeordnete ruft Sie zurück.
- 3 Warum kümmert's ihr euch nicht um die Inländer?
- 4 Ich würd ja gern gegen das Gesetz stimmen, aber ...
- 5 Deutsch ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration.

### 5 Sager, die ich gerne einmal / öfter hören würde:

- 1 Wo kann ich unterschreiben?
- 2 Ihr werdet bei eurer Protestaktion perfektes Wetter haben!
- 3 Ich will alles über das Thema Gleichberechtigung wissen.
- 4 Für mich zählen Menschenrechte mehr als der Klubzwang.
- 5 Ich bin bereit, für eine gerechtere Gesellschaft auf einen Teil meines Vermögens zu verzichten.

### Und sonst?

Braucht es endlich ein Bewusstsein dafür, dass Menschenrechte, Anti-Rassismus und Gleichberechtigung keine Minderheitenthemen sind, sondern uns alle betreffen, immer und überall.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Post-Neoliberalismus

Mit dem Begriff Post-Neoliberalismus kündigt der Politikwissenschaftler Ulrich Brand keine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung und auch nicht deren Ende an. Brand versucht Raum zu schaffen für Analyse und für Blickveränderungen, das gilt durchwegs für sein gesamtes Buch. Brand zerstreut darin Hoffnungen, dass die neoliberalen Standards institutioneller Politik durch die Krisen der vergangenen Jahre erschüttert wurden. Was er sieht, ist vielmehr eine verstärkte Hinwendung an deren institutionelle ProtagonistInnen. Das klingt paradox, wird aber schlüssig mit den Spuren, die der Neoliberalismus vergangener Jahre im Bewusstsein der Menschen hinterlassen hat, erklärt. Überhaupt ist Brands Buch vor allem dort, wo er die Defizite, Alternativen zu denken, analysiert, durchaus ernüchternd. Wie steht es etwa um den Stand der Herrschaftskritik gegen das Establishment im Bereich politischer EntscheidungsträgerInnen? Nicht zum Besten, lautet die Antwort, weil diese – etwa die Grünen

in Deutschland – selbst sich in der Regel als „hochgradig anchlussfähig an neoliberale Orientierungen und Klassenverhältnisse sowie an das kapitalistische Projekt der Globalisierung“ erweisen würden. Brand verfällt aber keineswegs in ein Jammerthal, sondern trennt sehr klar jene Bestandsaufnahmen von allen Dynamiken, in denen sich eine Neuorientierung – oftmals im Kleinen – ablesen lässt. Brand skizziert Auseinandersetzungen mit ökonomischen Nutzbarkeitsdiskursen, mit der zunehmenden Inwertsetzung von Natur oder greift fruchtbare Diskurse über Commons, also Gemeingüter, die in einer wissensbasierten Gesellschaft immer wichtiger werden, auf. Strategisch setzt sich Brand auch mit Gramscis Begriff der Hegemonie auseinander, wenn er etwa ganz schlicht daran erinnert, dass in der beharrlichen Wiederholung eigener Argumente ein wesentliches Mittel politischer Auseinandersetzung liege und sich diese auch durch scheinbar staatsferne oder schwache AkteurInnen hinsichtlich möglicher Ambivalenzen und Widersprüche des staatlichen Apparats in diesen und seine Diskurse einschreiben würden. *red*

Ulrich Brand  
**Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegen-hegemoniale Strategien**

VSA Verlag Hamburg, 2011  
**220 Seiten, 14,80 Euro**

## BUCH



### Zwischen Wahnsinn und Würde

Angesprochen wird in diesem über zwei Jahre entstandenen Gesprächs-Sammelband so ziemlich alles, was einem im Zusammenhang mit dem Thema Integration gemeinhin zu Ohren kommt. Thematisch gibt es keine No-gos, den HerausgeberInnen ist erkennbar daran gelegen, sämtliche Ambivalenzen in den Dialog einfließen zu lassen. Ein Auszug: Tülay Tuncel von der Wiener Integrationskonferenz fragt Anna Prost von pepa – Interkulturelles Mädchenzentrum der Caritas Wien nach Gewalt gegen Frauen mit Migrationshintergrund. Diese würden in den Medien immer wieder als Opfer dargestellt. Anna Prost: „Auch wir sind in unserer Arbeit mit Gewalt konfrontiert, wichtig ist aber, dass man Frauen mit Migrationshintergrund nicht automatisch zu Opfern macht. Gewalt kommt in österreichischen Familien genauso vor. Der Unterschied ist, dass man dort versucht, die Ursache psychologisch zu erklären, in Familien mit Migrationshintergrund schiebt man

sie schnell auf die Kultur.“ „ZusammenReden“ ist also der seltene Fall, in dem eingefahrene Diskussionen über eigentlich komplexe Themen auf möglichst direkte Weise in Form von Dialogen und Debattensplittern vermittelt werden. Dass diese Form etwas für sich hat, wird jede/r beim Lesen selbst merken. Lebendiger lässt sich dieses Thema kaum behandeln. *red*

Alicia Allgauer / Mary Kreutzer /  
 Thomas Schmidinger  
**ZusammenReden – Debatten über  
 Integration in österreichischen  
 Kommunen**  
 Verein Alltag Verlag 2010  
**192 Seiten, 19,90 Euro**



# Stahlgewitter der Erlösung

Neuerdings ist der Wutbürger in die Chefetagen eingedrungen. Er ballt die Faust am Schreibtisch und sieht dem Abenteuer der Existenz kalt von der eigenen Dachterrasse ins Auge.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK



„Lieber bessere Zeiten und schlechte Musik“, sagt der Sänger Bernd Begemann. Ich persönlich hätte auch nichts gegen bessere Zeiten und gute Musik. Auf die besseren Zeiten müssen wir aber noch warten. Denn: Alles soll anders werden, aber nichts darf sich ändern. Eine aufmüpfige Resignation prägt seit Jahren das Land. Die Auflehnung gegen „die Mächtigen“ erscheint als Sehnsucht nach Anerkennung durch sie. Das depressive Bewältigungsmuster des Raunzens statt der Frechheit von unten, Millionen Wohnzimmer-Kommentatoren mit Senf zu allem, ohne selbst Verantwortung zu tragen; alles in allem: eine müde Zivilgesellschaft. „So viele glauben, Veränderung allein könne nicht helfen, es muss schon Erlösung sein“, analysiert der Schriftsteller Karl-Markus Gauß. „Das Unangenehme an der Veränderung ist, dass die Menschen sie selber zu erwirken haben, das Angenehme an der Erlösung hingegen, dass sie einem widerfährt – von oben, von außen –, jedenfalls von einer Macht, der man sich zu seinem eigenen Besten nur ergeben braucht.“

Der Auftritt der Zivilgesellschaft ist nun der Versuch, ein Paradoxon zu entwerfen: den nichtstaatlichen Citoyen. Nicht nur WirtschaftsbürgerIn sein, nicht nur alle fünf Jahre StimmbürgerIn, sondern von dem Ort aus, den wir wählen, öffentlich Handelnde. Dem paternalistischen Modell von BürgerInnengesellschaft, das Gemeinsinn von oben verordnen will, setzen wir Engagement entgegen, das Menschen ermächtigt statt sich ihrer bemächtigt. Kein repressives Gemeinschafts-Pathos, das uns Zusammengehörigkeit verordnet, uns in Volksgemeinschaften beschwört, uns zu braven UntertanenInnen erzieht.

Neuerdings ist aber auch der Wutbürger in die Chefetagen eingedrungen. Er ballt die Faust am Schreibtisch, macht Revolution nach der Aufsichtsratssitzung und sieht dem Abenteuer der Existenz kalt von der eigenen Dachterrasse ins Auge. Er donnert die Stahlgewitter des Lebens in die Tastatur und verlangt harte Maßnahmen (meist die anderen betreffend). Gleichzeitig fordert er mit rebellischer Geste, vor Belästigungen geschützt zu werden: Flüchtlinge, Bettler, Proleten, ärgerliche Ansprüche und so. Lieber radikale Zeiten ohne Belästigung und dazu gute Musik.

Aber, aber: Ein zivilgesellschaftliches Modell, das von BürgerInnen spricht, aber nur die Eliten meint, ist eine schiefe Sache. Es geht immer auch darum, Ausgeschlossene als Handelnde mit einzubeziehen. Solidarität entstand als direkte Alternative zur Wohltätigkeit. „Die Schwachen“ brachen aus ihrer Situation der Angewiesenheit aus und verweigerten sich der Anerkennung durch „die Starken“. Im Gegensatz zu einer Politik, „jeder an seinen Platz“, geht es darum, mit jenen, die keinen eigenen Platz haben, einen zu erkämpfen. Also: Ich hätte nichts gegen bessere Zeiten und gute Musik.

## CASTING-AUFRUF

Die Theatergruppe „Wenn es soweit ist“ sucht für ein Theaterprojekt zum Thema Migration, in Kooperation mit dem Volkstheater Wien, Menschen, die nicht in Österreich geboren sind und in Österreich leben. Keine Erfahrung erforderlich! Interessierte melden sich bitte per Mail unter [kontakt@wennessoweitist.com](mailto:kontakt@wennessoweitist.com) oder der Telefonnummer 0676/537 11 40.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich  
Illustration: Petja Dimitrova

# POPULÄRKULTUR

## BUCH

### Die Welt wird ethisch



Der Philosoph und TV-Moderator Peter Sloterdijk liebt nach eigenen Worten die Zuspitzung. So könne er Dinge bis zur Kenntlichkeit vorantreiben. Andere nennen es gerne Provokation. In dem Buch mit dem insofern vielversprechenden Titel „Die nehmende Hand und die gebende Seite“ häufen sich süffisant vorgetragene und durchwegs absichtsvolle Denkfehler. Steuern abschaffen, zum Beispiel. Sloterdijk plädiert dafür, die Menschen doch wieder auf ihre Geber- und nicht Nehmerqualitäten anzusprechen. Falle der Zwang weg, würde die Entstehung einer solidarischen Gemeinschaft überhaupt erst möglich. Jede/r würde geben, allein schon deshalb, weil Reichtum verlegen macht, wie Sloterdijk in einem anderen Interview in diesem Band erklärt. Die Me-

thode dieses ebenso lustvoll wie eigensinnig streitbaren Mannes erinnert an jene Henryk Broders. Unerhörte Vorschläge, bevorzugt mit politisch rechter Schlagseite, werden in die Diskussion geworfen, um sie dann mit solchen Argumenten zu unterfüttern, die den Autor dann doch als Sprecher einer Ethik des Guten legitimieren. Das entspricht einem Spiel, in dem sich der Autor selbst als wichtiger Akteur denkt. Diesen schmalen Band macht dieser Modus ebenso kurzweilig konsumierbar wie etwa auch Sloterdijks „Philosophisches Quartett“ im Fernsehen. Das ketzerische Potenzial etwa des vor bald 20 Jahren verstorbenen Philosophen Günther Anders („Die Antiquiertheit des Menschen“) erreicht der Mann aus Karlsruhe aber nicht. Anders querulierte

gegen die hegemonialen Denkfiguren seiner Zeit, vornehmlich die Erodierung der Humanität. Für Sloterdijk stellen sich die Auswirkungen der Globalisierung, dass z. B. immer mehr Menschen durch Hunger und Armut zur Migration gezwungen werden, hingegen vor allem als Gemeinplätze des Feuilletons dar. Das neue Prekariat hält er für medial monoton verhandelt. Sloterdijks Sorge gilt letztlich einer Fokusverschiebung, in der die verhandelten Themen nur mehr scheinbar eine Rolle spielen. Das ist, mit Verlaub, *out of focus. gun*

Peter Sloterdijk  
**Die nehmende Hand und die gebende Seite**  
 Suhrkamp Verlag, 2010  
**166 Seiten, 12 Euro**

## FILM

### Langsamer Tod

Das rumänische Kino gehört zu den aufregendsten und innovativsten Kinematographien unserer Zeit. Von unsichtbaren Kräften werden die AkteurInnen durch Bilder getrieben, die wie aus Dokus, wie aus dem Leben gegriffen erscheinen. Nicht selten steht ein Krimi-Plot hinter dem Geschehen, ohne aber jemals zur Formel zu verkommen. Erst kürzlich lief mit „Perific“ die Erzählung einer Frau in den heimischen Kinos an, die sich während eines Freigangs den Rest ihrer Familie für eine Flucht zurückzuholen sucht. Der nunmehr im Wiener Stadtkino gestartete „Aurora“ ist als

Einstieg vielleicht etwas für Hartgesottene. Cristi Puiu („Der Tod des Herrn Lazarescu“) tötet darin offenbar wahllos ein paar Menschen, ohne dass der Film dafür greifbare Gründe liefern würde. Für Hartgesottene nicht deshalb, weil hier explizite Darstellungen verstören würden, sondern weil Puiu konventionelle Dramaturgien scheinbar bis in die Echtzeit aufweicht. 160 Minuten lang brauen sich in einem unscheinbaren Mittelstandsmilieu der Hass eines Mannes über einer teils verstörten, zu-



meist nichts ahnenden Umwelt zusammen. Puiu, der selbst die Hauptrolle übernommen hat, spricht von einer schwarzen Komödie. Er hebt dabei zu keinem sozialkritischen Kino im klassischen Sinn an, lässt das Publikum in einer offenen Drama-

turgie vor allem beobachten, wie Gefühlsstau und Männlichkeitsritual eine fatale Symbiose eingehen. *gun*

**Aurora**  
**Regie:** Cristi Puiu  
 Ab Juni im Kino.

# Unter Terrorverdacht

Und nochmal der Terrorparagraf 278b StGB: Vier StudentInnen engagierten sich 2009 in der „Uni brennt“-Bewegung, wurden observiert und bald darauf inhaftiert. Sie fühlen sich zu Unrecht verfolgt.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE

**M**ichi, Morgan, Alex und Manu sind nur die Pseudonyme vier junger Studierender, die lieber unerkannt bleiben wollen. Ihre Namen seien ohnehin nicht so wichtig, wie es ihre Geschichten sind. Geschichten über Aktivismus, Hausdurchsuchung, Inhaftierung und den Terrorparagrafen.

Am 6. Juli 2010 kommen drei der StudentInnen in eine Situation, die sie nie zuvor erlebt haben. Die Polizei durchsucht ihre Wohnungen. „Ich musste mich nackt ausziehen und im Kreis drehen“, sagt Manu. Sie und die anderen werden noch am selben Tag inhaftiert. Alex kommt erst zwei Wochen später in Untersuchungshaft. Den Studierenden, die in der „Uni brennt“-Bewegung aktiv waren und offenbar deshalb von der Polizei observiert wurden, wird Verschiedenes zur Last gelegt. Sie sollen zwei Mistkübel vor dem AMS-Gebäude im 5. Bezirk in Brand gesteckt haben. Außerdem sollen sie im Sinn gehabt haben, Abschiebungen zu verhindern, Häftlinge zu befreien und den internationalen Flugverkehr lahmzulegen. Gegen die StudentInnen wird gemäß Terrorparagraf 278b und c ermittelt. Man wirft ihnen vor, eine terroristische Vereinigung zu sein. Nicht zuletzt deshalb, weil sich bei den AktivistInnen Videomaterial einer Abschiebung fand. Die Akademie der bildenden Künste Wien bestätigt, dass es sich um ein künstlerisches Projekt handelte. Das scheint wenig zu helfen. Die Studierenden werden erst nach fünf bzw. sieben Wochen wegen fehlender Beweislage wieder freigelassen.



„Uni brennt“-AktivistInnen als „terroristische Vereinigung“?

Doch die drohenden Anklagen schweben noch wie Damoklesschwerter über ihnen. Eingeschüchtert wirken die vier allerdings nicht. Morgan, Manu, Alex und Michi – sie alle haben das Gefühl, dass an ihnen ein Exempel statuiert werden soll. Zivilgesellschaftliche Proteste, etwa gegen Abschiebungen oder für Anliegen im Bildungsbereich, die sich in den letzten Jahren vermehrt haben, wolle man dadurch loswerden, so Michi. Der „Schnüffelparagraf“ diene dazu, engagierte Menschen einzuschüchtern und „unbequeme Menschen“ zu durchleuchten, so Morgan. Auch für Alex steht fest, dass es in immer mehr Fällen zu einer „Kriminalisierung“ von Aktivismus kommt. Morgan: „Ich

habe nicht das Gefühl, dass ich jemals etwas getan habe, das nicht in Ordnung gewesen wäre.“ Ob das die Staatsanwaltschaft schlussendlich auch so sieht, wird sich zeigen. Für die vier heißt es jetzt warten. Denn ob überhaupt Anklage erhoben wird, und wenn ja, aus welchen Gründen, ist noch unklar.

Derweil geht das Leben der StudentInnen aber weiter: Studium, Arbeit, Freizeit. Doch die Erlebnisse haben sie verändert. Sie haben die Polizei kennengelernt, Einschüchterungsmethoden und das Leben im Gefängnis. Gleich geblieben ist allerdings ihr Blick für Ungerechtigkeiten. Obwohl man annehmen könnte, dass die StudentInnen sich in ihrer Lage mit eigenen Problemen befassen würden, scheint ihnen das Ansprechen von Missständen in Haft ein größeres Anliegen zu sein. Frauen hätten weniger Annehmlichkeiten im Gefängnis als Männer. MigrantInnen würden schlechter behandelt als Einheimische. Man werde traktiert und erniedrigt. Es gäbe zu wenig Personal. Und das Personal, das da sei, so Alex, nehme einem etwa durch Zellendurchsuchungen das letzte bisschen Privatsphäre. Bitter haben sie die Erfahrungen in Haft jedoch nicht werden lassen.

Erstaunlich positiv blicken Manu, Michi, Morgan und Alex auf die Zeit im Gefängnis zurück. Sie hätten spannende Menschen kennengelernt, sogar Freundschaften geknüpft, sagt Manu. Und zudem, so Michi, immerhin einen Bereich der Gesellschaft kennengelernt, der normalerweise unsichtbar bleibt.



In Rom, Paris, Belgrad, im slowakischen Plavecktvrtok oder rumänischen Miercurea Ciuc (Bild) droht Roma-Familien die Vertreibung. Photography © Zsuzsanna Ardó \*)

### Biografie:

Zsuzsanna Ardó is Hungarian by birth, English by existence, human by inclination, humorous by nature—and a writer and photographer by profession. Her books and articles have been published in various languages, in the UK, US, Hungary, Germany, Russia and Singapore. She has worked as an academic, journalist, editor, and broadcaster; she has translated and edited over 100 feature films, from James Bond to Shakespeare. Her broadcasting experience includes European-wide satellite television series on intercultural communication and management. Her play, *The Hat: Arendt Meets Heidegger* premiered at Harvard and she wrote and directed a short film *Allegro Barbaro*, a triple-flashback visual poem to music. *Culture Shock! Hungary*, her social anthropology-cum-travel book, is in its third, expanded edition worldwide, illustrated by her photos. How to be a European: *Go Hungarian*, and *Love Blues: Hungarian Rhapsodies* are cultural satires on Hungarians, published as English and Hungarian parallel texts.

As Artist in Residence at the Digital Art Centre in Spain, she collaborated on digital art,



and also on a multimedia interactive feature with soundscape, based on her short story and photographs, published by Arts and Cultures in openDemocracy. Her photograph, “Shifting Sand of History on the Wall” was featured in their Photo of the Week series. In 2005 and 2006 she was invited to be the Photographer in Residence in the André Kertész Museum. Her “André Kertész in My Window” is in the collection of the National Photography Museum in Hungary.

She is a member of BAFTA (British Academy of Film and Television Arts), the British

Association of Journalists, the founding Chairman of the Hampstead Authors’ Society, and the Editor of HASNotes. She has had solo photo exhibitions in Hungary, the UK, the US, Belgium, France, Austria, Luxembourg and India, including the Indira Gandhi National Centre for the Arts in Delhi, Amnesty International and the European Commission UK Representation in London, the European Commission in Brussels, the Pompidou Centre in Paris, the European Parliament and the Roma Summit in Spain.

She has curated installations and exhibitions, and has been invited to serve on juries of photography competitions internationally. André Kertész Photography Museum. Her commissions include work done for Amnesty International, and publication of her photography in *The Guardian*. This spring her work will be exhibited for a month at the National Museum of Ethnography in Ljubljana, and she will be featured speaker and portfolio reviewer at the Transcultural Exchange in Boston.

*Zsuzsanna can be reached by e-mail at ardo@pobox.com.*

\*) Berichtigung: In der Ausgabe MO#20 wurde ein Foto der bedeutenden Künstlerin Zsuzsanna Ardó inkorrekt publiziert. Wir entschuldigen uns bei der Künstlerin Zsuzsanna Ardó und publizieren das Foto und die Biografie der Künstlerin erneut.



**BLEIBERECHT**

**Widerstand gegen Abschiebungen**

In ganz Österreich häufen sich Fälle, in denen Bevölkerung sich heftig gegen bevorstehende Abschiebungen wehrt. Immer mehr Menschen wollen nicht länger tatenlos dabei zusehen, wie FreundInnen, KollegInnen und Nachbarn aus ihrem Leben gerissen und Lebensperspektiven zerstört werden. SOS Mitmensch erneuert daher seine Bleiberechtsforderung: Alle Menschen, die länger als 5

Jahre in Österreich leben, sind BürgerInnen dieses Landes und sollen ohne Wenn und Aber hier bleiben. Menschen, die kürzer als 5 Jahre hier leben, sollen ein Antragsrecht auf ein faires und menschenrechtskonformes Bleiberechtsverfahren haben. Es ist höchste Zeit, dass die menschenfeindliche Abschiebepolitik ein Ende findet!

**FREMDENRECHTSPAKET**

**Der Kampf geht weiter**

Gemeinsam mit anderen Organisationen und UnterstützerInnen haben wir mit unseren Protestaktionen gegen das Fremden-Unrechtspaket ein starkes Zeichen gesetzt. Fast 5.000 Menschen haben gegen das Unrechtspaket unterschrieben. Über 16.000 Protestschreiben sind an die Regierung und an Abgeordnete gegangen, und mehr als 3.000 Menschen waren am 27. April in Wien und Salzburg auf der Straße, um gegen den Abbau von Menschenrechten zu demonstrieren. Doch wir waren diesmal noch

nicht stark genug. Zwar ist es uns gelungen, einige der geplanten Verschärfungen abzumildern. Es ist uns auch gelungen, Abgeordnete ins Wanken zu bringen. Aber schlussendlich wurde das Unrechtsgesetz vom Parlament abgesegnet. Betroffen sind nicht nur Asylsuchende und MigrantInnen, die mit vielen neuen Härten und Schikanen zu kämpfen haben werden, betroffen von einer menschenfeindlichen Politik sind wir alle. Daher ist es ein Gebot der Stunde, dass wir den Behörden auf die Finger schauen, Un-



Demo gegen das FremdenUnrechtspaket

recht dokumentieren, Betroffene im Kampf für ihre Rechte unterstützen und uns weiter über eine zunehmend menschenfeindliche Politik empören!

**Rechte Chancen Vielfalt**

**Zahlreiche Organisationen arbeiten an einem positiven Kurswechsel im Umgang mit Migration und Vielfalt. Für Herbst plant das Netzwerk „Rechte Chancen Vielfalt“ eine Konferenz, bei der AkteurInnen aus verschiedenen Lebensbereichen dazu eingeladen sind, an der gesellschaftspolitischen Neugestaltung Österreichs mitzuwirken.**  
<http://nwrcv.pbworks.com>

**Lokale auf Rassismus getestet**

SOS Mitmensch hat gemeinsam mit dem Verein ZARA Lokale in Wien auf Rassismus getestet. Das traurige Ergebnis: Noch immer müssen Menschen mit dunklerer Hautfarbe mit rassistischer Diskriminierung bei ihrer Abendgestaltung rechnen. Die Wiener Stadtpolitik und die Wirtschaftskammer sind zum Handeln aufgefordert.

**Kommunale Grundversorgung sichern!**

**Städte und Gemeinden tragen mit ihren vielfältigen Aufgaben viel zur hohen Lebensqualität der Menschen bei. Die Aktion „Gemeinderesolution“ unterstützt die Forderung nach einer besseren finanziellen Absicherung der Gemeinden, damit unsere Grundversorgung erhalten und ausgebaut werden kann. Infos unter: [www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)**



## ANDERE ÜBER ...

# Lobbyismus als System

Sind die Sozialpartner Lobbyisten? Ein Kommentar von Hubert Sickinger.

Lobbyismus ist die Vertretung von Interessen gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen. In Österreich war dies traditionell die Domäne der Sozialpartner. Dabei sind zwei Ebenen zu unterscheiden: Einerseits vertreten der ÖGB und die Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern unmittelbar die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Parteien und dem Staat. Dies wird ihnen dadurch erleichtert, dass sie mit den beiden Großparteien eng verflochten sind: Seitens der ÖVP dominieren Wirtschaftsbund und Bauernbund politisch die entsprechenden Kammerorganisationen, bei der SPÖ beherrscht die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion überwiegend den ÖGB und die AK. In der Praxis bedeutet das allerdings nicht eine parteipolitische Kolonisierung der Verbände, sondern umgekehrt autonome Machtzentren der genannten Partei-Teilorganisationen und eine Dominanz dieser Verbandsinteressen in der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung der jeweiligen „Mutterpartei“. Weil sich diese Verflechtung über die Besetzung zahlreicher innerparteilicher Führungsfunktionen sowie Mandate in Parlamenten und Regierungen fortsetzt, sind die von den Verbänden vertretenen Interessen prominent im politischen Entscheidungssystem verankert: Ihr Lobbyismus ist der österreichischen Politik systematisch eingebaut.

Wenn von Sozialpartnerschaft im engeren Sinne gesprochen wird, ist ein darüber hinausgehendes Politikmuster gemeint, das in den 1960er und 1970er Jahren seinen Höhepunkt hatte: Die Verhandlung zentraler Themen der Fiskal-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik durch die Verbände selbst – mit der begründeten Erwartung, dass diese breit abgesicherten Kompromisse und „package deals“ von Regierung und Parlament übernommen werden. Die Bedeutung dieses Politikmusters ging seit den 1980er Jahren allerdings deutlich zurück, der reale Kern des Mythos Sozialpartnerschaft als „Nebenregierung“ besteht nicht in einer gemeinsamen Regierung der Verbände, sondern in der teilweise bis heute vorhandenen innerparteilichen Vetomacht der Einzelverbände innerhalb jeder der Großparteien.

Dieses Politikmuster hat einerseits große Meriten: Es bedeutet die unkomplizierte Zugänglichkeit der PolitikerInnen für Unternehmen und GewerkschafterInnen. Der Nachteil war stets ein sehr elitenzentrierter Entscheidungsmodus: Letztlich wurden die Kompromisse an den Verbandsspitzen (mit der Regierung) getroffen, das Parlament blieb als eigene Institution bemerkenswert schwach. Die Sozialpartner haben ihre beste Zeit zudem längst hinter sich: Die Spielräume nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik sind stark geschrumpft, die Repräsentativität der Verbände ging deutlich zurück. Der ÖGB ist nur mehr im öffentlichen Sektor und großen Betrieben (die allerdings unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen) tatsächlich konfliktfähig – Interessen, die etwa im Bereich der Schul- oder Bahnpolitik oft konträr zu wünschenswerten Reformen stehen. Auf Unternehmerseite vertreten seit den 1990er Jahren Großunternehmen ihre Interessen in zunehmendem Ausmaß unmittelbar (ohne Umweg über die Wirtschaftskammern) gegenüber Regierung, ParlamentarierInnen und der Verwaltung – oder überhaupt gleich auf der EU-Ebene. Der Bedeutungsgewinn der Industriellenvereinigung (die offiziell nicht als Sozialpartner gilt und sich viel stärker als die Wirtschaftskammer lobbyistischen Interessen einzelner Mitglieder verschreiben muss) gibt dafür ebenso Belege wie die Versuche der ehemaligen Parteichefs Schüssel und Gusenbauer, den innerparteilichen Einfluss der Wirtschaftskammer und Gewerkschafter zurückzudrängen. Nicht ohne Grund steht derzeit der Versuch auf der politischen Tagesordnung, das weite Feld des Lobbyismus (und seine teilweise auch korrupten Auswüchse) durch ein Lobbyistengesetz transparenter zu machen. Die wichtigsten – und noch am besten demokratisch legitimierten – LobbyistInnen werden aber in absehbarer Zeit weiterhin die Sozialpartner bleiben. Sakrosankt ist aber auch ihre Rolle längst nicht mehr.



Illustration: Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

### Hubert Sickinger

**Hubert Sickinger, 1965 geboren, ist Doktor der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaft. Er arbeitet am Institut für Konfliktforschung (IKF) in Wien, ist Mitglied von Transparency International Österreich und Autor zahlreicher Publikationen. Zuletzt erschien das Standardwerk: Politikfinanzierung in Österreich, Czernin Verlag 2009.**

Die Insel auf der Insel.

ORF

1

RADIO  
ÖSTERREICH 1

# Österreich 1 Kulturinsel

DONAUINSELFEST, 24. BIS 26. JUNI 2011

SAMSTAG, 25. JUNI, 21.00 UHR

## Hindi Zahra

Live on stage und in Ö1

Wolfram Berger & Klezmer Reloaded  
Cornelius Obonya  
Lukas Resetarits  
Amparo Sánchez  
Martina Schwarzmann  
Andreas Vitásek  
**Hindi Zahra**  
Clara Luzia  
5/8erl in Ehr'n  
Mary Broadcast Band  
Francis International Airport  
Sigi Finkel Adventure Group

INFO IN [oe1.ORF.at](http://oe1.orf.at)



Mit freundlicher Unterstützung von



KURIER



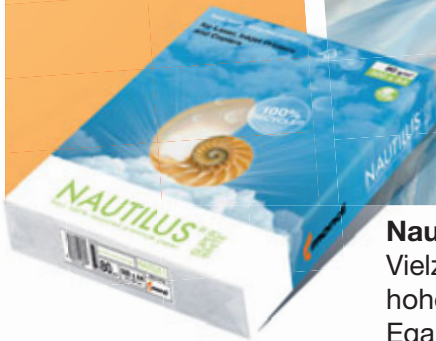
BÜSENDORFER





Mondi ist eine führende Papier- und Verpackungsgruppe und bietet Lösungen für die Druck- und Verpackungsindustrie sowie für moderne und umweltbewusste Kommunikation in Ihrem Büro.

forest + water + air = **green range**



**Nautilus® – Ihr 100% Recycling Papier.** Mit drei Weißegraden und einer Vielzahl an Papierstärken und Formaten bietet Ihnen das neue Nautilus® hohe Leistung, vereinbart mit einem ausgezeichneten Umweltprofil. Egal ob zu Hause, im Büro oder für den professionellen Druck.

**LÖSUNGEN.  
FÜR IHREN ERFOLG.**

[www.mondigroup.com/greenrange](http://www.mondigroup.com/greenrange)

